

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Storr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Juni 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsintrate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 64.

Gau An der Saale.

Am 23. Mai tagte in Magdeburg im „Stablissemment „Luisenpark“ die 36. Delegiertenversammlung des Gaus An der Saale. Nach einem harmonischen Grusse des Graphischen Gesangsvereins Magdeburg eröffnete Gausvorsitzer Gabriel die Tagung und hieß die Delegierten und sonst anwesenden Kollegen, insbesondere aber den Verbandsvorsitzenden Döblin und den Gehilfenvertreter König, herzlich willkommen. Für den Ortsverein Magdeburg bewillkommnete Kollege Pietzschner die Erschienenen, darauf hinweisend, daß sich die Mitgliederzahl in Magdeburg in den sieben Jahren, seitdem der Gautag zum letzten Male in M. abgehalten wurde, verdoppelt habe.

Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit des Gausvorsitzers, des Verwalters, des Schriftführers und des Beisitzers, ferner von neun Bezirksleitern (Ehnerth, Döblin) fehlte entschuldigt wegen Krankheit und 51 Delegierten aus 33 Druckorten, und zwar aus den Bezirken Ufersleben 3, Dessau 6, Halberstadt 3, Halle 12, Magdeburg 16, Quedlinburg 2, Sangerhausen 1, Stendal 1, Wittenberg 5 und Zeitz 2 Delegierte.

Hierauf wurde das Bureau durch die Zuwahl des Kollegen Pietzschner (Magdeburg) zum zweiten Vorsitzenden verstärkt und dann der im Jahre 1908 verstorbenen 22 Mitglieder ehrend gedacht.

Nummehr wurde auf Antrag Reimert (Magdeburg) beschlossen, die Anträge des Gausvorstandes und des Bezirks Halle zum § 10 des Gaureglements, Verwaltungskosten der Ortsvereine betreffend, nach dem Punkte „Wahl des Gausvorstandes“ zur Beratung zu stellen.

Trotz Widerspruch wurde sodann das Protokoll der vorjährigen Delegiertenversammlung verlesen und genehmigt.

Kollege Ehmenitz (Halle) fragte an, ob die Bezirksleiter auf dem Gautage Stimmrecht haben, da es aus dem Protokolle nicht zu ersehen, und der Gautag es unterlassen habe, eine diesbezügliche Bestimmung in das Statut aufzunehmen. Seiner Ansicht nach hätten auf einer Delegiertenversammlung nur die aus Urnachen hervorgegangenen Delegierten Stimmrecht, die Bezirksleiter dagegen nur beratende Stimme. Alle übrigen Redner waren jedoch gegenteiliger Meinung und gegen drei Stimmen wurde ein Antrag angenommen, der den Bezirksleitern auf den Gautagen Sitz und Stimme zugesetzt.

2. Jahresbericht und Rechnungslegung pro 1908. Der Bericht lag gedruckt vor und ist allen Mitgliedern rechtzeitig zugestellt worden. Der Gausvorsitzer bestränkte sich deshalb darauf, das Wichtigste hervorzuheben. U. a. kam er auf das Überstundenunwesen zu sprechen und tadelte es ganz besonders, daß im vorigen Jahr, also in der Zeit der allgemeinen Krise, in einer einzigen Druckerei, in der 120 Mitglieder beschäftigt sind, zehntausend Überstunden geleistet wurden. Derartige wenn auch nicht ganz so schlimme Beispiele ließen sich noch mehrere anführen. Die Bezirksversammlungen, die der beste Boden seien, innere Agitation zu treiben, waren mit Ausnahme von Halle und Magdeburg sehr gut besucht. Seit 1897 habe unsere Gauskasse stets Überschüsse gemacht, im verfloffenen Jahre hätten wir aber 1607,56 Mk. zugefetzt. Die Gesamteinnahme der Gauskasse betrug im letzten Jahre 26667,42 Mk. (1907: 22595,94 Mk.) die Gesamtausgabe 28274,98 Mk. (1907: 18387,12 Mk.), also rund 10000 Mk. mehr Ausgabe als im Jahre vorher. Allein an Zuschuß für Arbeitslose wurden über 3000 Mk. mehr verausgabt. Der Zuschuß zur Krankenunterstützung überstieg in dem halben Jahre seines Bestehens die durch die Beitragsrückzahlung von 5 Pf. erzielte Einnahme von rund 3000 Mk. um den Betrag von rund 700 Mk. Die Ortsklassen hatten am Schlusse des Berichtsjahrs ein Vermögen von 13124,56 Mark, und es könne konstatiert werden, daß an der Vermögenszunahme mit Ausnahme von Magdeburg und Halle, die eine bedeutende Mehrausgabe infolge ihrer hohen Verwaltungsausgaben haben, fast alle Ortsklassen teilhaben. Während im Jahre 1907 53239,50 Mk. als Überschuß an die Verbandskasse eingesandt werden konnten, waren es diesmal nur 44467,25 Mk. Die Mitgliederzahl sei trotz der Krise um mehr als 200 gestiegen. Für den Tarif wäre eine Reihe Firmen gewonnen. Besuche, auch in der Umland, namentlich in Salzwedel, haben zu gewinnen, mißlang; doch könne es nur eine Frage der Zeit sein, daß auch hier Fortschritte zu verzeichnen sein werden. Leider sei auch zu

konstatieren, daß einige Firmen der Tarifgemeinschaft wieder verloren gegangen sind. Spartenvereinigen bestehen für die Korrektoren in Halle und Magdeburg; für die Maschinenmeister in Ufersleben, Burg, Dessau, Halberstadt, Halle, Köthen, Magdeburg, Quedlinburg, Wittenberg und Zeitz. Die Maschinenleger haben in 23 Orten 139 Mitglieder ihrer Sparte. Kollege Gabriel ging weiter noch auf die Gauseinteilung, den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen mit andren Gauen, die Auskunfterteilung durch die Gausvorsitzer usw. ein und erfuhrte zum Schlusse, die Vertrauensbuselei gegen die Kassierer abzulegen und fiktivierte, wie bei Kassierenrevisionen und Abrechnungen zu verfahren ist.

Hieran schloß sich eine ausgedehnte Debatte. Kollege Leichter (Köthen) hätte es lieber gesehen, wenn die von der Bezirksleiterkonferenz beschlossenen Konferenzen der örtlichen Vertrauensmänner nicht bezirksweise abgehalten werden, sondern daß sie vom Gausvorstand einberufen werden. Kollege Ehmenitz (Halle) konnte in bezug auf die Gauseinteilung die Ansicht des Gausvorstandes nicht voll teilen, da seiner Meinung nach die Möglichkeit bestehe, daß die nächste Generalversammlung des Verbandes doch eine andre Abgrenzung der Gause, etwa nach dem Muster der Tarifkreise, vornehmen werde. Er behauerte den ablehnenden Standpunkt der großen Gause, den diese in der Frage der Gegenseitigkeit einnehmen. Bei einigermaßen gutem Willen müßte es auch ihnen möglich sein, Gegenseitigkeitsverträge einzugehen und der Zentralvorstand sollte in diesem Sinne auf sie einwirken. Kollege Herwig (Magdeburg) konnte den Beschluß des Vorstandes vom vorigen Herbst, der von den Bezirksleitern sanktioniert wurde und dahin geht, die ausgetretenen arbeitslosen Mitglieder in Anbetracht des schlechten Geschäftsganges und der Ausichtslosigkeit, bald Arbeit zu bekommen, noch zehn Wochen lang aus der Gauskasse zu unterstützen, nicht gutheißen. Die Grobherzigkeit sei anzuerkennen, von der dieser Beschluß diktiert war; die finanzielle Wirkung und die Tragweite desselben seien aber nicht genügend gewürdigt, und es sei nicht abzusehen, wann der Beschluß wieder aufgehoben werden könne. Die Gauskasse habe nur Zuschüsse zu verschiedenen Unterstützungen zu leisten und mit Schluß der Unterstützung selbst habe auch der Zuschuß aufzuhören. Derartige Extraaufwendungen zu beschließen, sei lediglich eine Delegiertenversammlung berechtigt. Bezüglich der Gegenseitigkeit teile er die bereits zum Ausdruck gebrachte Meinung; es sei kurzfristig, wenn auch einige mittlere Gause sich ablehnend verhalten, so daß ihre Mitglieder der Vorteile des Vertragsabschlusses nicht teilhaftig werden können. Es sei durchaus nicht bewiesen, daß diese Gause unter größerer Arbeitslosigkeit zu leiden haben als die großen Provinzialstädte Mitteldeutschlands. Prozentual ständen die letzteren mindestens nicht besser. Kollege Freund (Wittenberg) erwartete, daß den Maßnahmen des Vorstandes Vertrauen entgegengebracht werde und Kollege Wagner (Wittenberg) verlangte bessere gewerkschaftliche Erziehung der Mitglieder. Kollege Schindelhauer (Halle) kritisierte vornehmlich das Überstundenunwesen, gegen das die im Tarife gebotene Handhabe leider oftmals unwirksam bleibe. Von den Prinzipalen seien betriebs der Auskunfterteilung einzelne bedauerliche Fälle zu sehr verallgemeinert, und es sei ihnen zu weit entgegengekommen. Die jegliche Sanhabung sei unpraktisch und zu schematisch. Kollege Raß (Halle) schloß sich den letzten Ausführungen an. Die Kollegen Demuth (Magdeburg) und Frost (Halberstadt) wandten sich gegen die Extraaufwendungen aus der Gauskasse. Kollege Pietzschner (Magdeburg) forderte Verteuerung der Überstunden; er sei der Meinung, daß die Geschäfte dann solche nach Möglichkeit vermeiden würden. Nachdem Gausvorsitzer Gabriel einige Mißverständnisse aufgeklärt und bemerkt hatte, daß sich der Vorstand bei seinem Beschlusse von den lautersten Motiven ließ, brachte er folgende Resolution zur Verlesung:

Der am 23. Mai 1909 in Magdeburg tagende Gautag des Gaus „An der Saale“ kann einer Zusammenlegung der Gause zu einem größeren Verwaltungskörper, ähnlich den Tarifkreisen, seine Zustimmung nicht geben, da durch eine solche Vergrößerung eine Erschwerung und Verteuerung der Agitation herbeigeführt werden würde. Hasten dem gegenwärtigen Zustand auch Mängel an, so sind sie doch nicht derart, daß sich die Vergrößerung der Gause rechtfertigen würde. Ferner gibt der Gautag seine Zustimmung zu dem vom Gau-

vorstand mit den süddeutschen Gauen abgeschlossenen Verträge bezüglich der Gegenseitigkeit zur Arbeitslosenunterstützung.

Kollege Döblin führte zu den zur Sprache gekommenen Fragen aus: Die frühere Auskunfterteilung habe in vielen Fällen einem stillen Boykott einzelner tariftreuer Firmen geglichen, sie habe zu Mißbräuchen geführt und sei deshalb unhaltbar gewesen. Das Recht der Auskunfterteilung stehe der Organisation selbstverständlich zu, die geeignetste Person dafür sei aber unzweifelhaft der Gausvorsitzer. Allerdings wäre eine ausführender und schnellere Berichterstattung über alle Begebenheiten in den Druckereien Bedingung, wenn eine präzisere Auskunft erteilt werden soll, und wenn die ergangenen Anweisungen immer befolgt würden, müßte sich auch diese Neuerung für die beteiligten Kreise bewähren, um so mehr, als den Gausvorsitzern die Aufgabe zugefallen sei, in Gemeinschaft mit der Prinzipalsvertretung auf Abstellung etwa vorhandener Unstimmigkeiten in den Druckereien zu dringen. Die anderweitige Gauseinteilung sei infolge der verschiedenen Zuschüsse, ihrer Höhe und der Karenzzeiten eine sehr schwierige Aufgabe. Dem Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen ständen zum Teil die naturgemäß höheren Zuschüsse der Großstädte im Wege. Die Überstundenfrage sei eine recht leidige. Sehr oft drängen sich die Kollegen nach den Überstunden, und das würde teilweise in noch größerem Maße der Fall sein, wenn die Entschädigung dafür noch weiter erhöht werde. Die Überstunden ganz zu beseitigen, sei nicht angängig, denn bei Spezialarbeiten z. B. wären sie sehr oft nicht zu umgehen. In bezug auf die Vertrauensmännerkonferenzen erwarte er, nicht alle Maßnahmen von den Zentralstellen — dem Verbands- oder Gausvorstand — zu erwarten, vielmehr sollte jeder Bezirks- oder Ortsvorsitzer sich berufen fühlen, in seinem Kreise die notwendige Agitation zu entfalten und Aufklärung über die organisatorischen und tariflichen Fragen zu verbreiten. Er habe auch die Pflicht, nötigenfalls auch einmal gegen den Strom zu schwimmen. Sodann ging Kollege Döblin auf die gewerkschaftliche Taktik ein und hob besonders hervor, daß sich unsere Tarifgemeinschaft in der Zeit der Krise vorteilhaft bewährt habe. Während in andren Berufen die schlechte Konjunktur zu Lohnreduzierungen usw. ausgenutzt wurde, ohne daß die Gewerkschaften in der Lage waren, dagegen etwas unternahmen zu können, seien in unserm Gewerbe derartige Vorkommnisse so gut wie ausgeschlossen. Wollt sie es begreiflich, daß mancher junge Kollege angesichts der Tatsache, daß ihm die tariflichen Vorteile ohne jedes persönliche Zutun zuteil werden, glaube, durch Kampf bedeutend mehr zu erreichen, weil ihm die Erfahrungen der früheren schweren Kämpfe, die die Organisation zu führen gezwungen war, ehe sie die jegliche Position erreichte, weil ihm diese Erfahrungen vollständig abgehen. Es sei deshalb immer zu bedenken und es müsse immer wieder darauf hingewiesen werden, daß ein allgemeiner Streik eine zweischneidige Waffe ist.

Nach diesen Ausführungen wurde die vorausgehend wiedergegebene Resolution einstimmig angenommen.

Über den Vorstandsbeschlusse, die Extraaufwendungen betreffend, wurde weiter debattiert. Es lagen hierzu drei Anträge vor: 1. die Extraaufwendungen mit dem 1. Juli aufzuheben; 2. für die Ledigen mit dem 1. Juli, für die Verheirateten mit dem 1. Oktober aufzuheben. Diese Anträge wurden abgelehnt. Angenommen wurde Antrag 3: „Die Extraaufwendungen möge mit dem Einsetzen der voraussichtlich besseren Konjunktur am 1. Oktober ihr Ende erreichen. (Roch, Staffur).“

Ein Antrag Demuth (Magdeburg), der nicht auf der Tagesordnung stand, aber genügende Unterstützung fand, wollte dem Vorschlage des Vorstandes vom Vorjahr entsprechend den Gauszuschuß zur Krankenunterstützung von 35 Pf. auf 30 Pf. pro Tag herabgesetzt wissen. Dieser Antrag wurde vorläufig zurückgestellt und später zurückgezogen.

3. Anträge zum Gaureglement: a) Zum § 10: „1. Der Gautag wolle beschließen: Den Bezirksleiter bleibt es überlassen, die Wahl der Bezirksleiter entweder vom Vororte vornehmen zu lassen oder die Wahl in der Bezirksversammlung zu vollziehen. (Mitgliedhaftigkeit festsetzt.)“ Dieser Antrag wurde vom Kollegen Eißbe (Wittenberg) unter Hinweis darauf begründet, daß der Bezirk Ufersleben sehr unter dem Wechsel der Bezirksleiter zu leiden habe. Die beiden Posten, Bezirks- und Ortsvorsitzer, sollen getrennt sein, damit der Inhaber des ver-

einigen Postens nicht mit sich selbst in Konflikt geraten kann, denn es sei wohl möglich, daß man als Ortsvorsitzender für irgendeine Sache zu haben sei, die auszuführen man als Bezirksleiter zurückgehalten werde. Gegen den Antrag sprachen Gauerwalter O.H.S. (Halle) und Kollege König (Zeitz), die für die bisherige Fassung, daß die Wahl der Bezirksvorort vorzunehmen habe, eintraten. Gegen zwei Stimmen wurde dann der Antrag abgelehnt.

b) Zum § 13 lagen folgende fünf Anträge vor: „1. Ein ordentlicher Goutag findet vor der jeweiligen Generalversammlung des Verbandes statt. (Ortsverein Halle a. S.) 2. Ein Goutag findet nach Bedarf statt, wobei auf die Generalversammlung des Verbandes Rücksicht zu nehmen ist. (Bezirk Sangerhausen.) 3. Die alljährlichen Goutage sind aufzuheben; mindestens aber hat ein solcher vor jeder Generalversammlung stattzufinden. (Ortsverein Usherleben.) 4. Der Goutag findet nach Bedarf statt, wobei auf die Generalversammlung des Verbandes Rücksicht zu nehmen ist. Die Bedürfnisfrage entscheidet die alljährlich stattfindende Bezirksleiterkonferenz. (Ortsverein Magdeburg.) 5. Die Delegiertenversammlung findet alle drei Jahre statt. (Bezirk Wittenberg.)“

Den Antrag Halle begründete Kollege Schindelhauer (Halle): „Schon seit einer Reihe von Jahren hätten sich die Goutage mit Anträgen zu beschäftigen, die im Prinzip eine Verringerung der Goutage bezwecken. Die Ansicht breche sich immer mehr Bahn, daß ein Bedürfnis für die jährlichen Goutage nicht mehr bestehe. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Zusammentritts ergebe sich vielmehr im wesentlichen aus der jeweiligen Situation im Gewerbe und in der Organisation und weiter im Hinblick auf die Generalversammlung des Verbandes. Die Bezirksleiter der jährlichen Goutage würden allerdings fragen: Wo bleibt der Jahresbericht und die Rechnungslegung für das verlossene Jahr? Wo bleibt ferner unser Einfluß auf die Verwaltung, unsre Kontrolle über die Handlungen des Gauerwaltes? Das Verantwortlichkeitsgefühl der Vorstandsmitglieder werde nachlassen, die Rechte der Mitglieder würden beschnitten, das Mißtrauen und die Verbandsverdorbenheit nähmen zu. Gehe man diesen Argumenten aber auf den Grund, so stöße man auf eine Wunde am Verbandskörper: das Mißtrauen. Bekanntlich sei das Mißtrauen eine demokratische Tugend, die dem Gegner gegenüber ihre volle Berechtigung habe; aber falsch angewandt werde sie zur Plage und schädlich am letzten Ende die Sache selbst. Es dürfe nicht vergessen werden, daß die amtierenden Personen auf demokratischer Grundlage gewählt werden, also die Vertrauenspersonen der Kollegen sind, und da dürfe man das Vertrauen nicht auf ein zeitliches Minimum abgrenzen. Man betrachte den Gauerwaltes dem gewissermaßen als Angelegten auf der Armeleibersbank, über den jährlich zu Gericht gesprochen werden müsse. Dieser Standpunkt sei nicht der richtige, denn eine derartige wichtige Bedeutung habe der einjährige Goutag nicht. Bei besonders wichtigen Fragen habe der Vorstand stets die Meinung der Bezirksleiter eingeholt, er handle also durchaus nicht absolutistisch. Im übrigen würden seine Maßnahmen auch in den Versammlungen kritisiert. Der Jahresbericht werde den Mitgliedern nach wie vor zugestellt und für Wünsche und Vorschläge habe der Gauerwaltes stets ein offenes Ohr. Eine Schädigung der Mitgliederrechte könne von einer Verringerung der Goutage ebenfalls nicht abgeleitet werden, um so weniger, als ein Gau nach dem andren sich hierzu entschlossen habe, und kein Gau denke daran, zu den einjährigen Goutagen zurückzukehren. Noch einige weitere Umstände sprächen für die Verringerung: zunächst die Kostenfrage. Es werde ja als ziemlich sicher hingestellt, daß bei einer Verringerung der Goutage zwei Beratungstage notwendig sein würden. Das wäre aber durchaus noch nicht feststehend, wenn auch wahrscheinlich. Denn es sei zu bedenken, daß dann diese Anträge, ihre Begründungen und Diskussionen, fortfallen, und das sei nicht zu unterschätzen. Auch könnte die Frage ventiliert werden, ob sich die Tagung an einem Wochentage empfehle. Eine geringe Ersparnis werde aber auch dann zu verzeichnen sein, wenn zwei Tage notwendig seien. Die finanzielle Seite sollte jedoch hierbei nicht ausschlaggebend sein. Dann sei die Tagesordnung zu erwähnen. Abgesehen von dem einen wichtigen Punkte (6), seien es auch diesmal wieder geschäftliche und Verwaltungsangelegenheiten und statutarische Änderungen. Es könne sich kein Beschluß konsolidieren, wenn er von einem andren schon wieder überholt werde. Fast jedes Jahr sei der Neubruck des Statuts erforderlich. Von den Freunden der jährlichen Goutage werde der agitatorische Wert in den Vordergrund gerückt. Dieser könne doch aber nicht in dem äußeren Aufwand oder in dem Verlaufe der Verhandlungen, noch in der Erledigung der Anträge zum Gau- und Unterstützungsreglement bestehen. Die Agitation unter den Funktionären werde durch die Vertrauensmännerversammlungen erstreckt und für die Masse der Kollegen seien die Bezirks- und Ortsversammlungen der Ort, wo sich ein Feld zur Aufklärung der Mitglieder bietet. Aus allen diesen Gründen ergebe sich, daß die jährlichen Goutage zu entbehren seien, und ein Beweis, wie sehr diese Frage ventilert worden sei, wären die fünf vorliegenden Anträge, von denen der des Halle'schen Ortsvereins der Klarste und praktischste sei, denn es sei notwendig, daß ein Goutag vor der jeweiligen Generalversammlung des Verbandes stattfindet, wie es in § 17 des Statuts vorgesehen sei. Für den Fall, daß sich ein außerordentlicher Goutag notwendig mache, hätten wir im § 13 den Vorbehalt: „Ein außerordentlicher Goutag kann vom Vorstände und muß von demselben einberufen werden, wenn ein Fünftel der Mitglieder dies beantragt.“

Er erlaube, den Halle'schen Antrag anzunehmen, nicht aus dem Grunde, damit diese Anträge endlich einmal verschwinden, sondern weil eine Änderung hierdurch eine Schädigung nach keiner Seite hin in sich birge.

Zur Begründung der übrigen Anträge nahmen hierauf das Wort die Kollegen Ludwig (Nordhausen), Nagel (Usherleben), Pieschner (Magdeburg) und Wagner (Wittenberg), die sich in der Hauptsache den Ausführungen Schindelhauers anschlossen.

Kollege Chemnitz (Halle) erklärte sich als prinzipieller Gegner der Verringerung und wandte sich gegen sämtliche Anträge. Wenn die Goutage verringert werden, so erkläre man die Bezirksleiterkonferenzen in Permanenz. Die Geheimnisträmerie, die in diesen Konferenzen getrieben werde, sei schuld, daß das Mißtrauen weite Kreise ergriffen habe, denn kein Mitglied wisse oder erfahre, wie die dort gefaßten Beschlüsse zustande gekommen seien. Vertrauen und blindes Zutrauen müsse eine Grenze haben, und diese Konferenzen seien nicht dazu angetan, das vorhandene Mißtrauen zu bannen. Dasselbe sei auch mit den Gauerwalteskonferenzen der Fall. Die Besten untrer Mitglieder würden dadurch mißgestimmt, sie ziehen sich zurück, und den Schaden davon habe die Organisation. Es müsse jedoch zugegeben werden, daß solche Konferenzen auch notwendig sein können, wie z. B. bei Tarifrevisionen und -einführungen. Der agitatorische Wert des Goutags liege darin, daß die Mitglieder gezwungen wären, zu allen auftauchenden Fragen Stellung zu nehmen. Während man daran denke, die Generalversammlungen des Verbandes in kürzeren Zwischenräumen abzuhalten, gehe man daran, die Goutage zu verringern. Das sei widersinnig. Kollege Naß (Halle) unterstützte diese Ausführungen.

Gauerwaltes Gabriel wandte sich gegen den Kollegen Chemnitz und vermahnte sich dagegen, daß die Bezirksleiterkonferenzen Geheimnisträmerie getrieben haben. Kollege Herwig (Magdeburg) wies darauf hin, daß der Goutag nicht mit der Generalversammlung des Verbandes zu verwechseln sei und deshalb nicht beide in einen Topf geworfen werden dürften. Er halte den Goutag nach der Generalversammlung des Verbandes für wirksamer als vor derselben. Weiter betonte er, daß die Konferenzen der Bezirksleiter das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen haben. Verbandsvorsitzender Döblin wies ebenfalls die Ausführungen von Chemnitz zurück, so weit sie sich auf die Konferenzen beziehen, da solche unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen notwendig seien. Für die Berechtigung des Mißtrauens gegen die Funktionäre sei kein Beweis erbracht, und gewisse Führer der Organisation sollten dieses Mißtrauen nicht stärken, sondern bekämpfen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde hierauf angenommen. Für Verringerung der Goutage sprach noch Kollege Heitfuß (Luedlburg), dagegen Kollege Meyner (Dessau). Nachdem der Wittenberger Antrag zugunsten des Halle'schen zurückgezogen war, wurde die Verringerung gegen 15 Stimmen beschloffen und der Magdeburger Antrag mit 21 Stimmen angenommen.

c) Zum § 14: „1. Jeder Ortsverein muß vertreten sein. Die Ortsvereine wählen ihre Delegierten selbst. Ortsvereine bis zu 50 Mitgliedern wählen einen Delegierten, auf weitere 50 Mitglieder einen Delegierten mehr, wobei überschüssige 25 für voll zählen. Kleine Mitgliedschaften schließen sich den nächstgelegenen größeren Ortsvereinen an. (Bezirk Sangerhausen.) 2. Maßgebend für die Anzahl der zu wählenden Delegierten ist der Mitgliederstand vom 1. April desjenigen Jahres, in welchem der Goutag stattfindet. (Bezirk Sangerhausen.)“ Diese Anträge begründete Kollege Ludwig (Nordhausen). Da ihre Annahme aussichtslos erschien, wurden sie zurückgezogen.

4. Anträge zum Unterstützungsreglement: „a) Die Karenz zum Bezuge der Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung und zum Vergütungsgeld ist von 26 auf 52 Wochen zu erhöhen. (Gauerwaltes.) b) Der Zuschuß zur Gemafregeltenunterstützung ist von 40 auf 50 Pf. zu erhöhen. (Ortsverein Halberstadt.)“ Beide Anträge wurden ohne Debatte angenommen, nachdem a) mit dem Abschlusse der Gegenseitigkeitsverträge begründet und zu b) auf den Zuschuß der Arbeitslosenunterstützung hingewiesen war, der ebenfalls 50 Pf. pro Tag beträgt.

5. Der Beitrag zur Goutasse wurde wieder auf 20 Pf. wöchentlich festgesetzt.

6. Wahl des Vororts und Wahl des Gauerwaltes. Hierzu lag folgender Antrag vor: „Infolge des starken Anwachsenden unsers Gaus und der dadurch bedingten Mehrarbeit ist ein beförderter Gauerwaltes anzustellen. (Gauerwaltes.)“

Als Vorort wurde wieder Halle bestimmt. Dann wurde auf Vorschlag zunächst Kollege Freischler als Schriftführer und Kollege Flöb als Beisitzer wiedergewählt, Gauerwaltes bleibt Kollege O.H.S.

Die Anstellung eines befördereten Gauerwaltes wurde vom Kollegen O.H.S. begründet, der bemerkte, daß die Begründung im Antrage selbst liege. Es sei daher nur zu beweisen, daß der Gau stark angewachsen ist, was wiederum sehr leicht sei. Bei Anstellung eines Gauerwaltes im Jahre 1892 betrug die Mitgliederzahl 466 und jetzt hätten wir 2600 Mitglieder. Eine im Jahre 1894 aufgenommene Statistik weise in unserem Gau 1529 Gehilfen nach, wovon 577 dem Verband angehörten. Am 1. Januar d. J. betrug die Gehilfenzahl 3247, die der Verbandsmitglieder 2563. Diese Ziffern seien jedenfalls genügender Beweis dafür, daß sich die Arbeit mindestens verdoppelt resp. verdreifacht habe. Daß mit dem Anwachsen des Gaus sich nicht nur die Tätigkeit des

Verwaltes vermehrte, sondern auch an den Gauerwaltes größere Anforderungen gestellt werden, dürfte jedem klar sein, der sich um die Organisation kümmere. Für die Agitation nach außen sei ja nicht mehr viel zu tun, dafür sorgten die vorzüglichsten Unterstützungsvereinigungen selbst. Aber für die innere Agitation sei desto mehr zu leisten. Es könne wohl behauptet werden, daß von den Hunderten in den letzten Jahren dem Verbands begetretenen Kollegen die meisten nur eine blasse Ahnung vom Gewerkschaftsleben haben. Über nicht nur diese, es gäbe auch genug ältere Mitglieder und selbst Funktionäre, die in dieser Beziehung im dunkeln tappen. Hier mündlich und schriftlich Aufklärung zu schaffen, das sei die Haupttätigkeit des Gauerwaltes. Dabei habe er sich aber auch umzusehen, was in andren Gewerkschaften geschehe, was unsre „Christlichen“ Antipoden beginnen, von denen unser Gau noch allzureichlich bedacht ist. Im politischen Leben dürfe er kein Abschläge sein, und mit der sozialen Befehigung müsse er sich gleichfalls vertraut machen. Alle diese Anforderungen müßten aber erfüllt bleiben, wenn der Gauerwaltes den Tag über in seinem Beruf intensiv tätig sein muß. Aber auch der Gehilfenvertreter habe mit einer bedeutenden Mehrarbeit gegen früher zu rechnen. Der Tarifgemeinschaftsgedanke habe immer weitere Kreise gezogen, und fast alle nennenswerten Firmen seien der Tarifgemeinschaft begetreten. Damit sei die Tätigkeit des Gehilfenvertreters jedoch keineswegs erschöpft. Mander Prinzipal wäre nur der Not gehorchend der Tarifgemeinschaft begetreten und lüch dem Tarife bei jeder passenden Gelegenheit ein Schnippschen zu schlagen. Das alles verurache dem Gehilfenvertreter eine Menge Arbeit, und wenn der Auf an ihn ergehe, werde nicht gefragt, ob er abkommen könne oder nicht, dann heiße es einfach: Dieses oder jenes steht auf dem Spiele, Du mußt kommen! Überhaupt sei jetzt die Tarifgemeinschaft ohne den Verband und umgekehrt der Verband ohne Tarifgemeinschaft undenkbar, und man könne in manchen Fragen im Zweifel sein, ob es sich um eine Tariffrage oder eine Verbandsfrage handele. Es sei deshalb wünschenswert und zu erwägen, die beiden Posten des Gauerwaltes und des Gehilfenvertreters auf eine Person zu vereinigen. Das Adressenverzeichnis zeige, daß von 13 Gehilfenvertretern 9 gleichzeitig Gauerwaltes seien, und was in jenen Gauen möglich, könne bei uns nicht unmöglich sein.

Kollege Chemnitz (Halle) wollte dem Verwalter eine Hilfskraft bemilligen, er sei aber nicht dafür zu haben, daß ein Gauerwaltes besoldet werde, ebenso sei er gegen die Vereinigung des Gauerwaltes und Gehilfenvertreterpostens auf eine Person. Kollege Demuth (Magdeburg) erklärte sich für Anstellung des Gauerwaltes, würde es aber gerne sehen, wenn die Vereinigung der beiden Posten vermieden werden könnte. Für die Anstellung traten ferner ein die Kollegen Schindelhauer und Schürmer (Halle), Stäbbe (Wernburg), Lingner (Dessau), Treff (Halberstadt), Brunder (Magdeburg) und Stallberg (Gräfenhainichen). Nachdem noch der Gehilfenvertreter König zu Worte gekommen war und seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit klargestellt hatte, wurde der Antrag des Gauerwaltes gegen eine Stimme angenommen.

Kollege Pieschner (Magdeburg) sprach hierauf sein Bedauern darüber aus, daß der bisherige Gauerwaltes Gabriel in einer Halle'schen Versammlung die Erklärung abgegeben habe, er werde sich um den auszuführenden Posten nicht bewerben. Er dankte ihm für seine bisherige und uneigennützigste Tätigkeit, die er im Interesse des Gaus entfaltet habe, und ersuchte ihn, trotzdem seine Bewerbung einzureichen. Alle nachfolgenden Redner schlossen sich dieser Bitte an, aber trotz aller Bitten konnte sich Kollege Gabriel nicht zu einer Zusage entschließen.

Hiunmehr wurden die zurückgestellten Anträge zum Gauerreglement zur Beratung gestellt: „2. Zur Bestreitung der Verwaltungskosten bringen die Ortsvereine mit über 400 Mitgliedern 4 Proz., die übrigen Ortsvereine 2 Proz. der Verbandseinnahme in Anrechnung. (Gauerwaltes.) 3. Zur Bestreitung der Verwaltungskosten bringen die Ortsvereine 3 Proz. der Verbandseinnahmen in Anrechnung; Ortsvereine, deren Verwaltung nicht mehr im Nebenamt erledigt werden kann, erhalten 4 Proz. (Bezirk Halle a. S.)“ Dazu war noch folgender Änderungsantrag eingegangen: „In Anbetracht der heute gefaßten, die Goutasse sehr belastenden Beschlüsse den Anträgen zum Gauerreglement folgende Fassung zu geben: „Allen Ortsvereinen werden 3 Proz. der Verbandseinnahme überwiesen.“ (Naß, Halle.)“

Verwalter O.H.S. führte zur Begründung des Vorstandsantrags aus: Auch wenn die Anstellung des Gauerwaltes nicht beschloffen worden wäre, hätte dieser Antrag eingebracht werden müssen, denn die Verhältnisse in der Goutasse seien nicht so glänzende, wie es bei oberflächlichem Betrachten den Anschein habe. Das Vermögen von 40000 Mtl. sei bei 2600 Mitgliedern nicht zu hoch, wenn die Unterstützungen und sonstigen alljährlich wiederkehrenden Ausgaben berücksichtigt würden. Es betrug z. B. das Fahrgehalt zu den Bezirksstagen 1522,85 Mtl., die 2 Proz. an die Ortsvereine 2513,39 Mtl., die Deckung der Kosten der Arbeitsnachweise und Schiedsgerichte 665 Mtl. Dazu komme der im vergangenen Jahre neu ins Leben gerufene Zuschuß zur Krankenunterstützung, der durch den dafür erhöhten Beitrag von 5 Pf. bei weitem nicht gedeckt würde. Wenn auch im ersten Quartale d. J. der Krankenstand infolge der Arbeitslosigkeit ein außerordentlich hoher gewesen sein mag, so sei immerhin mit einer jährlichen Zubuße von 1300 bis

2000 M. zu rechnen. Ferner kommt hinzu die vom Gauvorstand vorübergehend beschlossene Extrazustellung an die in der Ortsunterstützung Ausgesteuerten, die im ersten Quartale d. J. über 700 M. erforderten. Diese Bismen lassen es jedenfalls begrifflich erscheinen, daß der Vorstand jeder weiteren unnötigen Belastung der Gaultasse vorzubeugen suche. Der Anstich könne sich jedoch der Vorstand nicht verschließen, daß die über 400 bzw. 600 Mitglieder zählenden Ortsvereine Halle und Magdeburg, deren Verwaltung nicht mehr im Nebenamt zu erledigen wäre, eines weitem Zuschusses bedürfen. Der Vorstand halte es aber nicht für nötig, daß den übrigen Ortsvereinen mehr als 2 Proz. gewährt werden. Die Mehrbelastung der Gaultasse um 700 M., die der Antrag des Bezirks Halle zur Folge haben würde, könne vermieden werden, ohne die Ortsvereine zu schädigen, denn die Übersicht über das Vermögen und die Leistungen der Ortsklassen ergebe, daß die meisten Ortsvereine einen Überschuß erzielt haben, so daß eine Notwendigkeit zur Erhöhung der Prozente also nicht vorliege.

Kollege Grübbach (Halle) begründete den Antrag des Bezirks Halle. Wenn für alle Mitgliedschaften eine Erhöhung der jetzigen Überweisung von 2 auf 3 Proz. beantragt sei, so wäre es aus folgenden Gründen geschehen: Die Generalversammlung des Verbandes beschloß die Erhöhung der Überweisung an die Gauen, um sie in den Stand zu setzen, eine regere Agitation zu treiben. Diese könne keine nach außen sein, sie könne sich nicht darauf erstrecken, mehr Mitglieder zu werben, sondern sie müsse vielmehr die Vertiefung und Erweiterung der gemeinschaftlichen Grundsätze in den Mitgliedern zum Ziele haben. Die Agitation könne also nur eine innere sein und könne am zweckmäßigsten nur im engeren Kreis, in den Ortsvereinen, erfolgen. Durch die Erhöhung, die durch den Antrag bezwagt werde, sollen die Ortsvereine dazu besser in die Lage gesetzt werden. Hierauf wurde der erste Teil des Halleischen Antrags zurückgegeben. Kollege V. Reimert (Magdeburg) erklärte sich gegen den Antrag. Kollege Müller (Wurg) verlangte auf Grund der gleichen Beiträge gleiche Behandlung sämtlicher Ortsvereine. Die Kollegen Schindelhauer (Halle) und Herwig (Magdeburg) forderten Berücksichtigung der eigenartigen Verhältnisse in Magdeburg und Halle. Kollege Peltzsch (Cuedlinburg) bemerkte, daß die kleinen Ortsvereine mit den bisherigen 2 Proz. auskämen. Hierauf wurde ein Schlufantrag angenommen und der ganze Antrag des Bezirks Halle zugunsten des Vorstandsantrags zurückgezogen. Nachdem noch Kollege Peltzsch (Magdeburg) für den Vorstandsantrag, Kollege Teichler (Röthen) für den Abänderungsantrag Maß eingenommen waren, wurde der erstere mit 34 Stimmen angenommen.

7. Festsetzung der Remuneration für den Gauvorstand, die Bezirksleiter und den Gehilfenvertreter. Die Remuneration des Schriftführers wurde von 60 auf 75 M. erhöht, die des Gehilfenvertreters von 120 auf 150 M. Die Sätze für die übrigen Funktionäre wurden in der bisherigen Höhe belassen.

8. Antrag des Ortsvereins Blankenburg: „Die Gaultagsdelegiertenversammlung möge einen Beschluß herbeiführen, nach dem der Gauvorstand beauftragt wird, einen Entwurf zu einem für die Gaumitglieder bestimmten Quittungs- bzw. Ausweisbuch oder einer Karte über geleistete Beiträge anzufertigen und denselben eventuell der Bezirksleiterkonferenz zur Begutachtung vorzulegen. In diesen Ausweis wären die bis Ende 1909 geleisteten Beiträge von der Gauverwaltung einzutragen; die weiteren Eintragungen würden durch die örtlichen Verbandsfunktionäre vorzunehmen sein.“ Hierzu lag ein Antrag Käuzer (Gisleben) auf Übergang zur Tagesordnung vor, weil der vorjährige Gaultag beschloß, die Regelung den einzelnen Ortsvereinen zu überlassen. Nach kurzer Begründung durch den Kollegen Matkath (Blankenburg) wurde der Antrag dann abgelehnt.

9. Der Antrag des Ortsvereins Merseburg, einem Mitglied eine außerordentliche Unterstützung zu gewähren, hatte bereits vorher seine Erledigung gefunden.

10. Das Pauschquantum für den Gauvorstand zum Zweck außerordentlicher Unterstützungen ward wiederum auf 600 M. festgesetzt.

11. Als Diäten für die tagende Delegiertenversammlung wurden 8, 7 und 6 M. in Vorschlag gebracht. Beschlossen wurden 6 M.

12. Als Ort für den nächsten Gaultag wurden Wernburg und Rötthen vorgeschlagen. Die Mehrheit entschied sich für Rötthen.

Damit war die Tagesordnung erledigt und nach dem Schlussworte des Vorsitzenden, das in ein Hoch auf den Verband und den Gau ausklang, erfolgte Schluß der Versammlung nach 8 1/2 Uhr. W. Fr.

Gau Posen.

Der Gau Posen hielt seinen diesmaligen ordentlichen Gaultag wiederum in Posen, und zwar am 23. Mai in „Dandelin Bürgerkäfen“, ab. Außer dem gesamten Gauvorstande waren sämtliche 25 Delegierte anwesend. Zur Weihe des Tags brachte der Gesangverein Typographia zwei Chorlieder ergötzt zu Gehör, damit reichen Beifall erntend. Gauvorsteher Wagner eröffnete sodann den Gaultag, begrüßte die Delegierten und die als Gäste erschienenen Mitglieder, sprach dem Gesangverein Typographia seinen Dank für die vorgetragenen Lieder aus, insbesondere dem Dirigenten Herrn Krause, und bot allen ein herzliches Willkommen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die diesmaligen Verhandlungen zum Nutzen des Gaus und seiner Mitglieder ausfallen möchten.

Weiter gebaute der Vorsitzende eines im Geschäftsjahre verstorbenen Mitglieds.

Nunmehr wurde in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1: „Besprechung und Genehmigung der Rechnungsbücher für 1907 und 1908“. Der Bericht lag gedruckt vor. Der Vorsitzende gab dazu noch eine eingehende Übersicht über die Lage im Gause, mit Genugtuung feststellend, daß wiederum ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen wäre. Die Zahl der Mitglieder sei von 332 Ende Dezember 1906 auf 419 Ende des Jahres 1908 angewachsen. Auch die Zahl der Druckorte habe sich dementsprechend vermehrt. Die nun uns noch fernstehenden Längen für uns wertig in Betracht. Hiermit sei jedoch die Tätigkeit der Organisation im Gause Posen keineswegs erschöpft. Eine dringende Notwendigkeit sei es jetzt, der Qualifikation der neugewonnenen Mitglieder sollte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es müsse der junge Nachwuchs mit dem Wesen der Organisation vollständig vertraut gemacht werden, um Gemeinshaftler zu erziehen, die imstande wären, den immer größer werdenden Aufgaben der Organisation das nötige Verständnis entgegenzubringen. Ebenso notwendig sei es, den Nachwuchs darüber aufzuklären, weshalb wir uns der Tarifgemeinschaft zugewendet haben, und welchen Wert diese für uns besitze. Eine weitere Aufgabe sei es, in die Klassenverhältnisse des Gaus einzugreifen und eine bessere Ausgleichung zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Hierzu werde der Vorstand im Rahmen der Tagesordnung die nötigen Vorschläge machen.

Kollege Kavan (Bromberg) besprach nun die Jahresberichte. Mit der Tätigkeit des Gauvorstandes sei er zufrieden, wir müßten jedoch der Gaultasse unsere Aufmerksamkeit zuwenden, da deren Stand unglücklich sei. Zu kritisieren wäre eine hohe Krankenziffer im Posener Bezirke. Die Kollegen Firuz (Posen) und Hünemöckel (Ostrowo) schlossen sich dem an. Gaultassier Klossel erklärte, der Gauvorstand beschäftige sich bereits eingehend mit dem hohen Krankenstande; es könne nicht bestritten werden, daß wir es mehrfach mit Stimulanten zu tun haben. Hier werde aber nach Möglichkeit eingeschritten werden. Trotzdem könnte man eigentlich nicht von einem schlechten Stande der Gaultasse sprechen, wenn man berücksichtige, daß auf Beschluß des vorigen Gaultags ein Drittel der Einnahmen den Bezirken zur Aufbesserung zuzufleße. Die Kollegen Schneider (Bromberg) und Zaborowski (Hohensalza) wünschten, daß in betreff der nicht gerade zügigen Verhältnisse der Firmen Wehmann Nachf. (Hohensalza) und Strengeleski (Wangrowitz) Remedur geschaffen werde. Kollege Lorenz (Bromberg) hat, der Gauvorstand möge sein Augenmerk auch auf die Firma Dombrowski (Thorn) lenken. Ferner wurde auf Schneidemann hingewiesen und die Hoffnung ausgesprochen, daß in Zukunft dieser Ort aufzuflören würde, das Schmerzenskind des Bezirks Bromberg zu sein. Ein Wunsch der Kollegen Geberth (Thorn), Schneider (Bromberg) und Zaborowski (Hohensalza), neben dem Verzeichnisse der Mitglieder im Bericht auch die Zahl der Beiträge zu vermerken, wurde, nachdem Gaultassier Klossel darauf hingewiesen, daß es vielfach unmöglich sei, diese Zahl jetzt festzustellen, es aber auch nicht im Sinne jedes Mitglieds sei, die Zahl der Beiträge veröffentlicht zu sehen, eine Meinung, die vom Kollegen Rinbfeisch (Bromberg) vollständig geteilt wurde, zurückgestellt. Kollege Reinte (Posen) bedauerte den schlechten Versammlungsbesuch und bat den Gaultag, auf Mittel zu sinnen, diesem Uebelstande zu steuern. Ein von den Kollegen Reinte und Wegner gestellter Antrag: „An die Mitglieder des Gaus ist ein kurzgefaßtes Flugblatt zu richten, in dem diese aufgefordert werden, sich mehr an dem Vereinsleben, namentlich an den Versammlungen der betreffenden Ortsvereine, zu beteiligen, wurde beifällig und einstimmig angenommen. Darauf erfolgte die Genehmigung der Rechnungsbücher für 1907 und 1908.

Punkt 2: „Anträge“. Der Vorsitzende wies auf den vom geschäftsführenden Gau Württemberg namens der süddeutschen Gawe herausgegebenen Gegenseitigkeitsvertrag hin (den Delegierten gedruckt vorliegend), der die Gegenseitigkeit über ganz Deutschland anstrebe. Er schlug deshalb vor, die darauf bezüglichen Anträge zusammenzuziehen und empfahl die Annahme des Antrags: „Der Gaultag wolle beschließen, auf Grund des vorliegenden Vertragsentwurfs die Gegenseitigkeit mit andren Gauen abzuschließen und den § 18 des Gaultatuts sinngemäß zu ändern.“ Sämtliche Redner sprachen sich für den Antrag aus. Kollege Wegner (Posen) trat für Aufhebung der Gauzuschüsse und für eine einseitige Erhöhung der Unterstützungsätze aus der Zentralkasse ein, was seiner Meinung nach auch das Ziel der Gegenseitigkeitsverträge sei. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der Gegenseitigkeitsvertrag in vorliegender Form einstimmig angenommen mit der Maßgabe, daß § 18 letzter Absatz des Gaultatuts: „Infolge Maßregelung oder Eintretens für den Tarif arbeitslos gewordene verheiratete Mitglieder erhalten einen Gauzuschuß von täglich 1 M., unverheiratete einen solchen von täglich 80 Pf. auf die Dauer der verbandsfähig zu leistenden Gemaßregeltenunterstützung“, in bisheriger Form bestehen bleibt.

Hierauf wurde zur Beratung der finanziellen Anträge geschritten.

Gauvorsteher Wagner gab einen Überblick über die Finanzlage der Gau- und Ortsklassen und wies an der Hand von Vorschlägen hin, wie es möglich sei, ohne Erhöhung der Beiträge den notwendigen Ausgaben in Gau-, Bezirks- und Ortsklassen gerecht zu werden. Er schlug die Wahl einer Siebenerkommission vor, der sämtliche finanziellen Anträge zu überweisen seien. Nachdem

zunächst in einer Generaldiskussion verschiedene Delegierte ihre Ansichten über die Klassenfrage geäußert hatten, wurde dem Vorschlage des Vorsitzenden gemäß die Kommission gewählt.

Der Antrag: „Den Gauvorsteher zu beauftragen, bei den demnächst stattfindenden Gauvorsteherkonferenzen dahin zu streben, daß die bisherige Gau- und Bezirks-einteilung beibehalten wird“, wurde nach Befürwortung der Kollegen Geberth (Thorn), Klossel (Posen), Rinbfeisch (Bromberg), Wegner (Posen) und Zaborowski (Hohensalza) einstimmig angenommen. Desgleichen der Antrag: „Der Gauvorsteher hat auf Kosten der Gaultasse an den Bezirkstagen der Bezirke Bromberg und Posen teilzunehmen; die Bezirkstagen sollen dadurch unbedingt wegfallen.“

Nunmehr trat die Mittagspause ein. Um 3 1/2 Uhr wurden die Verhandlungen dann fortgesetzt.

Kollege Schneider (Bromberg) begründete den vom Ortsvereine Bromberg gestellten Antrag: „Den Gauvorstand zu beauftragen, eine Übernahme der Mitglieder des polnischen Buchdrucker-Gehilfenvereins in die Wege zu leiten.“ Der Vorsitzende erklärte, an dieser Frage sei zunächst der Ort Posen interessiert, da die meisten Mitglieder des polnischen Gehilfenvereins in Posen arbeiten und hier die Zentrale des Vereins sei. Er halte den Antrag zurzeit für vollständig überflüssig. Zunächst schreite diese Übernahme an der Innozenzfrage; dann sei zu befürchten, daß schon aus nationalen Gründen alle Mitglieder des polnischen Verbandes gerade jetzt nicht in unsern Verband eintreten würden und deshalb das Weiterbestehen einer wenn auch kleinen polnischen Organisation zu erwarten sei, die dann nicht die Macht haben werde, die jetzt bestehenden tariflichen Verhältnisse in mancher polnischen Druckerei hochzuhalten. Deshalb sei unter den obwaltenden Verhältnissen der jetzige Zustand der beste, da ja auch der polnische Gehilfenverband vollständig auf dem Boden des Tarifs stehe. Er, der Vorsitzende, könne allen, auch den außerhalb unsers Gaus sich für diese Frage Interessierenden, gegenüber nur betonen, daß der Vorstand den Posener Verhältnisse nach wie vor größte Aufmerksamkeit zuwenden. Deshalb empfehle er, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Es wurde demgemäß beschlossen.

Hierauf erstattete Kollege Kavan (Bromberg) den Bericht über die in der Siebenerkommission gefassten Beschlüsse. Sie lauteten: „Von der fünfprozentigen Remuneration aus der Zentralkasse sind 1 1/2 Proz. dem Gauvorstande, 2 1/2 Proz. den Bezirken und 1 Proz. der Gaultasse zu bewilligen. Die Portos von den Bezirken trägt nicht mehr die Gaultasse, sondern fallen den Bezirksklassen zur Last. Außerdem sollen für ihre Wiltwahrung der Kreisvertreter und der Arbeitsnachweisermeister je 25 M., der Vorsitzende des Tarifschiedsgerichts 15 M. und die beiden Kreisassistenten je 10 M. pro Jahr als Remuneration erhalten.“ Durch die Entlastung der Gaultasse von den Portoausgaben und Zuweisung von 1 Proz. der Remuneration werde die Gaultasse gestärkt. Diese Anträge der Kommission wurden einstimmig angenommen. Sie gelten vom 1. Januar 1909 ab.

Ein vom Ortsverein Bromberg gestellter und vom Kollegen Kavan aus Sparmaßsichtigkeiten beifällig worteter Antrag, alle drei Jahre einen Gaultag abzuhalten, und zwar nach der Verbandsgeneralversammlung, wurde abgelehnt, während der folgende: „Der Gauvorstand ist von Gaultag zu Gaultag zu wählen“, sowie der Antrag des Ortsvereins Hohensalza: „§ 5 Absatz 3 des Gaultatuts erhält folgende Fassung: Die Wahl des Gauvorstandes erfolgt alle zwei Jahre und unmittelbar nach dem Gaultage. Scheidet ein Vorstandsmittglied vor Ablauf dieser Periode aus, so findet die Neuwahl in der nächsten Mitgliederversammlung vom Gauvorort statt“, fast einstimmig Annahme fanden. Ein Antrag des Ortsvereins Posen: „Den Ausgesteuerten wird statt wie bisher 2 M. 5 M., den Nichtbegünstigten statt 1 M. 3 M. aus der Gaultasse von den Kreisassistenten gewährt. Das Platzieren bei den Mitgliedern ist zu unterjagen“, wurde mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. Ein Antrag, Darlehen aus der Gaultasse nicht mehr zu gewähren, wurde nach längerer Debatte abgelehnt; jedoch wurde dem Gauvorstand anheimgegeben, Darlehen nur in besonders dringenden Fällen zu gewähren.

Punkt 3: „Festsetzung des Beitrags.“ Der Gaubeitrag bleibt derselbe. Mit der Zahlung des Kreisamtsbeitrags aus der Gaultasse war der Gaultag einverstanden.

Bei Punkt 4: „Festsetzung der Remuneration für den Gauvorstand für die verfloßene Geschäftsjahresperiode“, wurden dem Gauvorstande 80 M. bewilligt. Ein aus der Versammlung gestellter Antrag, den Tariffunktionären auch für ihre bisherige Tätigkeit, und zwar dem Arbeitsnachweisermeister 40 M., dem Kreisvertreter 25 M. und dem Tarifschiedsgerichtsvorsitzenden 20 M. Remuneration zu gewähren, fand einstimmige Annahme.

Zu Punkt 5: „Festsetzung der Diäten und Reisekosten für die Delegierten und Gauvorstandsmitglieder“, wurde beschlossen, es bei den früheren Sätzen: 7 M. für Delegierte am Orte, 8 M. für auswärtige Delegierte, zu belassen.

Zu Punkt 6: „Bestimmung der Höhe des Pauschquantums, welches dem Gauvorstande zum Zweck außerordentlicher Unterstützungen für das laufende Jahr zur Verfügung gestellt wird“, wurde dem Gauvorstande wie früher freie Hand gelassen.

Bei Punkt 7: „Berichterstattung über die aus diesem Fonds bewilligten Unterstützungen“, gab Gaultassier Klossel die hierzu nötigen Aufschlüsse.

Bei Punkt 8: „Wahl des Vororts“, wurde Posen wiedergewählt.

Zum letzten Punkte: „Wahl des Orts für den nächsten Gantag“, wurden Wünsche laut, auch einmal wieder in Bromberg zu tagen, doch wurde aus finanziellen Gründen wieder Posen als nächster Tagungsort bestimmt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Kollege Mübbs (Bromberg) ersuchte noch um eine Unterstützung von je 20 M. für einen alten invaliden Kollegen sowie für die Witwe eines verstorbenen Kollegen. Auf Antrag des Kollegen Wegner wurden diese Sätze auf je 30 M. erhöht.

Kollege Schneider (Bromberg) dankte alsdann für die gastfreundliche Aufnahme seitens der Posener Kollegen, worauf dem Gausvorstand aus der Versammlung der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen wurde.

Das Protokoll wurde verlesen und genehmigt und um 6 1/2 Uhr der Gantag mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Telegramme waren eingelaufen von den Mitgliedern Bromberg und Hofensalza und aus Gnesen. Gewiß ein Beweis der regen Teilnahme an den Verhandlungen des Gantags. Erwähnt sei noch, daß Kollege Wieseler die äußerst geschmackvoll gehaltenen Einladungen zum Gantag überwiesen hatte, wofür ihm auch an dieser Stelle Dank ausgesprochen sei.

Korrespondenzen.

Berlin. (Verein Berliner Notationsmaschinenmeister. — Vereinsversammlung vom 23. Mai.) Vor Kurzem fand die Besichtigung der doppelbreiten 64seitigen Notationsmaschine von König & Bauer in der Druckerei des „Vorwärts“ statt. Die Kollegen gaben ihr Interesse an der Veranstaltung durch zahlreiche Beteiligung kund. Selbst ein Kollege aus Stendal hatte die Reise nach hier nicht gescheut, um sein technisches Wissen zu bereichern. Den Leitern der „Vorwärts“-Druckerei aber und den Kollegen, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt und die Maschine im Betriebe vorführten, an dieser Stelle nochmals unsern Dank. Die Diskussion technischer Fragen gestaltete sich in unseren Versammlungen äußerst anregend und lehrreich. In Kürze soll die Besichtigung einer Farbenfabrik stattfinden. Zurzeit schweben Verhandlungen der beteiligten Vorstände unter Vorbehalt der Zentralkommission zwecks Weilegung der seinerzeit durch die Trennung der beiden Maschinenmeistervereine entstandenen Differenzen. Bei der jetzt vorherrschenden ruhigeren Beurteilung der Sachlage ist zu hoffen, daß diese Angelegenheit in Kürze eine allseitig befriedigende Lösung findet.

Bezirk Brandenburg. (Versammlung in Rathenow am 23. Mai.) Mit dem vom Gesangverein Graphia (Brandenburg) stimmungsvoll zu Gehör gebrachten Liede „Wir götlich eud“ wurde die Versammlung eingeleitet. Bezirksvorsteher Schulenburg begrüßte die Erschienenen, insbesondere den als Referenten gewonnenen „Korr.“-Redakteur Schäffer. Dem Bericht des Vorstehers und der Vertrauensleute war zu entnehmen, daß die tariflichen Verhältnisse allgemein befriedigende sind, außer in Reghin und Niemege. In der Druckerei Freyhoff (Nauen) — dieser Ort gehört seit Anfang dieses Jahres wieder zu unserm Bezirke — wurde eine Sechsmaschine (Monoline) aufgestellt; es erhalten dort die verheirateten Kollegen und ein Maschinenseher erstmalig in diesem Jahr acht Tage Ferien. Der Antrag Rathenow, im Bezirk alljährlich eine Statist über Lebensmittelpreise usw. aufzunehmen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag Rathenow, gemäß der Zustimmung der Generalsversammlung zu dem Beschlusse der Dreizehnerkommission den Verbandsvorstand zu ersuchen, den Kollegen den Besuch der Gewerkschaftsschule zu ermöglichen, wurde zurückgezogen, nachdem Kollege Schulenburg den Antrag für überflüssig erklärte und Kollege Schäffer sich dahin geäußert, daß es schon jetzt befähigten Kollegen unbenommen sei, sich beim Verbandsvorstand um Besuche der Schule vormerken zu lassen. Allerdings müßte aber speziell für uns Buchdrucker in Betracht gezogen werden, daß unsre gewerkschaftliche Arbeit sich in wesentlich andren Bahnen bewegt als bei den übrigen Gewerkschaften, das schließt aber keineswegs aus, daß der Verbandsvorstand solche Bewerber, deren Qualifikation von den zuständigen Instanzen (Bezirks- und Gausvorständen) bestätigt werden kann, und von denen gewiß zu erwarten ist, daß sie die auf diesem Wege gewonnenen Kenntnisse auch späterhin in Interesse des Verbandes verwerten, akzeptieren wird. In diesem Sinne sei auch der diesbezügliche Beschluß der letzten Generalversammlung zu verlesen. Nach kurzer Pause behandelte Kollege Schäffer das Thema: „Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen“. In seinem einstündigen Vortrage verstand es der Referent, das Interesse der Zuhörer zu fesseln, denn allseitiger Beifall war ihm zum Dank. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Bezirksvorsteher dankte im Namen der Versammlung dem Kollegen Schäffer für seine klaren und interessanten Ausführungen und schloß, nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt, mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die von 90 Kollegen besuchte Versammlung. Nächster Tagungsort: Nauen.

Donauinsingen (bad. Schwarzwaldb.). Am 23. Mai hatten wir hier das Vergnügen, unsern zweiten Verbandsvorstehenden, den Kollegen Grafmann, auf Schwarzwaldbad Höben begrüßen zu können. Durch die Vermittlung unsers Gausvorstandes war es möglich, für die Druckerei des badischen Schwarzwaldbad den geschätzten Redner zu gewinnen. 92 Kollegen (46 aus dem Bezirke Konstanz, 29 aus dem Bezirke Freiburg und 17 Kollegen

aus dem Bezirke Baiern) hatten der Einladung Folge geleistet und mit höchlichem Interesse wurde den Ausführungen des Kollegen Grafmann gefolgt. Die Versammlung leitete Gausaffizier Friedrich (Freiburg). An dieser Stelle wollen wir dem Referenten und dem Gausvorstand unsern Dank abstatten und die Hoffnung aussprechen, daß bei sich bietender Gelegenheit wir wieder mit Berücksichtigung werden mögen.

Bezirk Dortmund. Die am 23. Mai in Soest abgehaltene zweite Bezirksversammlung war von 160 Mitgliedern besucht, und zwar von Dortmund 90, Hamm 36, Soest 9, Hörde 9, Lina 5, Rüttgenortmund 4, Kastrof und Uhlen je 3 sowie Ramen 1. In seinen Begrüßungsworten richtete Kollege Schippers an die Erschienenen, besonders an die Neuausgelernten, die ernste Mahnung, den Organisations- und tariflichen Angelegenheiten durch pünktlichen Versammlungsbesuch mehr Interesse entgegenzubringen. Besonders in den einzelnen Mitgliedschaften lasse der Versammlungsbesuch noch viel zu wünschen übrig. Vor Eintritt in die Verhandlungen ehrte die Versammlung das Andenken des am 12. Mai verstorbenen Galvanoplastikers Otto Böniide in der üblichen Weise. Sodann kamen Zirkulare des Zentral- und Gausvorstandes zur Verlesung. Den Kassenbericht pro erstes Quartal 1909 erstattete Kollege Schröder. Demselben wurde für seine gute Kassenführung, einstimmig Entlastung erteilt. Betreffs des Kassenberichts wurde beantragt, daß derselbe in Zukunft gedruckt vorgelegt werden soll. Ausgeschlossen wurde Pipler (Hamm) wegen Vergehen gegen § 4 Abs. c. Ferner wurde das Restantenvergehen kritisiert; es soll in Zukunft energischer dagegen vorgegangen werden. Den Bericht von der Kreisamtsitzung gab Kollege Räumgen in längerer Ausführung. Zum Punkte „Tarifliches“ erwähnte der Vorsitzende einige traurige Fälle und ermahnte die Kollegen, bei der Einstellung von Beschäftigten ein wachsameres Auge zu haben. Ferner wurde angeregt, eine Belegungsstatistik als Material für nächste Öftern aufzunehmen. Der Antrag Hamm: Die Unterstützung für Nichtbezugsberechtigte aus der Gaussteuerung um je 50 Pf. zu erhöhen, wurde abgelehnt. Die nächste Bezirksversammlung findet in Uhlen statt. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, die Tarifverzeichnisse für die Orts- und Druckereivertrauensleute aus der Bezirkskasse zu bezahlen. In Anbetracht, daß viele Kollegen vorzeitig die Versammlung verließen, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Die Präsenzliste wird unter „Verschiedenes“ verlesen und diejenigen Kollegen, welche nicht mehr anwesend sind, gehen des Fahrgebühls verlustig.“ Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Mz. Giesfeld. Infolge letzter Bezirksversammlung fand am 23. Mai im „Gewerkschaftshaus“ in Waldstatt. Erschienen waren über 200 Kollegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des kürzlich verstorbenen Kollegen Peter Reichard in der üblichen Weise. Der Kassenbericht lag gedruckt vor und wurde genehmigt. Der Gehilfenvorstehende des hiesigen Tarifschiedsgerichts, Kollege Karp, erstattete sodann Bericht über die am 2. und 3. Mai in Krefeld abgehaltene Kreisamtsitzung. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

Geilbroun a. M. Mit dem ausgesprochenen Zwecke, den Versammlungsbesuch zu heben und die Kenntnisse unsrer Mitglieder zu bereichern, war in die Tagesordnung unsrer Versammlung vom 22. Mai ein Vortrag aufgenommen worden. Leider hatte es aber etwa die Hälfte der Kollegen wieder vorgezogen, fern zu bleiben. Als Referent war Herr Landtagsgeordneter und Arbeitersekretär Mattuta aus Stuttgart gewonnen, der das Thema „Die neue Reichsversicherungsordnung“ in einer von großer Sachkenntnis zeugenden Weise behandelte. In Anbetracht dessen, daß diese Materie bereits schon des Öftern im „Korr.“ gegliedert wurde, soll der Raum des Verbandsorgans nicht unnötig in Anspruch genommen werden. Der Referent sei aber auch an dieser Stelle des Dankes der Zuhörer versichert. — Kurz ist noch zu erwähnen, daß sämtliche Neuausgelernte, die dieses Frühjahr ihre Lehrzeit hier beendeten, sich dem Verband angeschlossen haben. Dadurch ist die Zahl der Mitglieder in Heilbronn auf 215 angewachsen.

Göhr a. M. Infolge am 23. Mai zu Königstein im Taunus tagende Monatsversammlung hatte trotz der wichtigen Tagesordnung einen sehr geringen Besuch aufzuweisen. Der Vorsitzende Grafmann hieß die Erschienenen, besonders den Bezirksvorstehenden Bachhaus (Frankfurt a. M.), sowie einige Gäste herzlich willkommen. Es wurde nunmehr zur Tagesordnung geschritten und nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erhielt Kollege Bachhaus zu seinem Vortrage: „Die Entwicklung der Tarifgemeinschaft“, das Wort. „In einstündiger, sehr verständlicher Rede schilderte Referent die Entstehung und Entwicklung der Tarifgemeinschaft und führte an Hand zahlreicher Beweismaterialien die Opfer auf, die zur damaligen Zeit gebracht werden mußten zum Nutzen des Verbandes und der Tarifgemeinschaft. Redner ermahnte dann noch die älteren Kollegen, den jungen Kollegen mit Rat und Tat beizustehen und dieselben zu echten Verbandsmitgliedern heranzuziehen. Es würde zu weit führen, die vortrefflichen Worte des Referenten hier wiederzugeben. Großer Beifall belohnte den sehr lehrreichen Vortrag. Kollege Grafmann dankte sodann im Namen des Ortsvereins dem Referenten und gab der Fassung Ausdruck, daß die guten Ermahnungen desselben auch auf fruchtbaren Boden gefallen sein möchten. Beim Punkte „Johannisfest“ wurde beschlossen, sich der Johannisfeier des Bezirksvereins anzuschließen und empfahl der Vorsitzende zahlreiche Beteiligung.

Nürnberg. (Richtigstellung.) In dem Bericht über den dritten rheinisch-westfälischen Maschinenmeister-tag („Korr.“ Nr. 62) läßt der Schriftführer den Referenten A. Hesselbarth (Leipzig) sagen:

Nur der Ortsvorsteher Weichmidt in Nürnberg konnte sich mit der Spartenbewegung nicht einverstanden erklären und glaubte, diese verfolge den Zweck der Loslösung vom Verbands.

Wenn Kollege Hesselbarth wirklich so ausgeführt hat — was ich vorläufig nicht glaube, da ich annehme, daß H. meine Ausführungen im Jahre 1902 im „Korr.“ gelesen hat —, dann möchte ich ihm nur richtigstellend bemerken, daß ich gegen die Spartenbewegung als solche kein Wort geschrieben habe. Was ich 1902 an den Spezial- bzw. Spartenorganisationen bekämpfte, waren die Unterstützungsleistungen in den denselben („Estrawurst“ hieß es damals). Auf denselben Standpunkt stellte sich übrigens drei Jahre später die Generalversammlung 1905 in Dresden nach einem Referat Müffels (Berlin) über „Stellung des Verbandes zu den einzelnen Sparten“. Denn nach ausgiebiger Debatte wurde dort eine Resolution Mhlau und Genossen (Leipzig) angenommen, an deren Schluß es heißt: „Die Generalversammlung verurteilt jedoch entschiedenen Bestrebungen, die ein vom Verbands gefondertes Unterstützungsweisen propagieren.“ Im Interesse der Korrektheit der ferneren Vorträge des Kollegen Hesselbarth über dieses Thema bitte ich vorstehenden Zeilen Raum gewähren zu wollen. Gustav Weichmidt.

k. Straßburg i. E. Am 19. Mai sprach hier in einer außerordentlichen Versammlung, die von etwa 350 Mitgliedern (auch auswärtigen) besucht war, Kollege Grafmann. Nach Begrüßung durch den Bezirksvorstehenden behandelte Kollege Grafmann in eindringlicher, etwa zweistündiger Rede „Die gegenwärtige Situation im Buchdruckergewerbe“. Redner schilderte das kirgische die Arbeiterbewegung im allgemeinen, um dann eingehend die Verhältnisse unsers Gewerbes zu erörtern, dabei den Beweis führend, daß unser Verband es verstanden hat, Krisenjahre sowie auch die Einführung von Maschinen durch verständnisvolle Tattig und ohne größere Opfer weniger empfindlich zu machen. Er ermahnte auch die Kollegenchaft, insbesondere die jüngeren Kollegen, sich in das Verbandsleben und das Wesen der Tarifgemeinschaft mehr einzuarbeiten, damit bei Tarifverhandlungen usw. die Masse der Mitglieder das nötige Verständnis besitze, um die Situation zu verstehen. Der lebhafteste Beifall bewies, daß die vortrefflichen Ausführungen den Kollegen zu Herzen gegangen waren. Leider hatten wie immer gerade diejenigen Kollegen, für die die Ausführungen am notwendigsten gewesen wären, insbesondere die jüngeren (die häufig in allen möglichen Klümmereien eine hervorragende Rolle spielen, statt ihre wichtigsten Interessen zu vertreten), es vorgezogen, auch dieser Versammlung fernzubleiben. Es ist dies sehr zu bedauern und deshalb auch verständlich, wenn die meisten Diskussionsredner in der sich anschließenden lebhaften Diskussion sich auch dahin aussprachen, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, die jungen Kollegen, wenn nicht anders möglich, durch Zwang in die Versammlungen zu bringen. Aber auch Pflicht der Alten sei es, den Jungen ein gutes Beispiel zu geben. Die übrigen Ausführungen der Diskussionsredner waren ebenfalls im Sinne des Referats und bewiesen, wie zutreffend einzelne kritische Worte des Redners auch für Straßburg waren. Nach einigen auf die Diskussion Bezug nehmenden Ausführungen des Kollegen Grafmann ermahnte der Vorsitzende Kunkler die Versammelten, die Worte des Referenten sowie die der Diskussionsredner zu beherzigen und dafür zu sorgen, daß in Straßburg der Versammlungsbesuch sowie das Vereinsleben überhaupt besser werde. Zum Schluß dankte er dem Kollegen Grafmann herzlich für seine vortrefflichen Ausführungen und gab dem Wunsch Ausdruck, daß es nicht das letzte Mal sei, den Kollegen Grafmann in unsrer Mitte zu sehen. Mit einem kräftigen Hoch auf unsern Verband schloß die Versammlung. Der Gesangverein Typographia hatte es sich nicht nehmen lassen, die Versammlung durch zwei kräftige, dem Anlaß entsprechende Chöre zu Anfang und am Schluß zu beleben und dem Kollegen Grafmann den Sängergruß zu entbieten. Hoffen wir, daß die Versammlung den gewollten Zweck erreicht!

Rundschau.

Das neue Verzeichnis der tariffreien Buchdruckereien soll, wie bereits früher mitgeteilt, im Juni erscheinen. Eine Anzahl Besteller hat aber bei dem Tarifamt um sofortige Zustellung des Verzeichnisses ersucht, und deshalb sind wir gebeten worden, bekannt zu geben, daß die Fertigstellung und der Versand des Verzeichnisses den Herren Bestellern durch unser Organ besonders bekanntgegeben wird. Wie wir vom Tarifamt erfahren, sind zwecks Beschaffung eines möglichst genauen Verzeichnisses an die verschiedenen Tarif- und Organisationsfunktionäre mehr als 200 Korrekturen versandt worden, die leider nicht alle zu dem festgesetzten Termine zurück gelangt sind; dadurch ist eine nicht vorhergesehene Verzögerung eingetreten, so daß mit der Zusammenstellung des Ortsregisters, der statistischen Übersicht sowie auch mit dem Drucke erst später wie geplant begonnen werden kann. (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Einzelnummern 6 Pfennig das Exemplar, sechs mit einem Bescheidungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 8. Juni 1909.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 64.

Wesetzung aus dem Hausblatt.

Ferien! Die Firma G. Jabke in Eberswalde (Eberswalder Zeitung) gewährt ihrem Personale drei Tage Ferien ohne Kosten. Es wäre zu wünschen, daß diese ein fortgeschrittenes soziales Verständnis betreuende Handlung auch bei den übrigen Buchdruckereien am Bluge beifällige Aufnahme und Anregung finden möchte. — Die Buchdruckerei von Bethge & Böllig in Warmbrunn in Schl. bewilligte ihren Gehilfen und Beihilgen drei Tage Ferien ohne Kosten. — Die Firma Ernst Schneider in Eisleben gewährt ihren Gehilfen, acht an der Zahl, in diesem Jahre zum erstenmal einen dreitägigen Erholungsurlaub.

Zur Kostgeldfrage für Buchdruckereibehilge. Wir werden geben, die in Nr. 53 des „Korr.“ unter vorliegender Stichmarke veröffentlichte Notiz insofern zu berichtigen, als der Buchdruckereibesitzer, gegen den sich die Klage richtete, nicht Mölrathe, sondern Jean Dahmen in Köln heißt.

Eine „amtliche“ Bekanntmachung. P. P. Wir bedauern zur öffentlichen Kenntnis bringen zu müssen, daß wir den Redakteur dieser Zeitung, Albert Engler, wegen Unterschlagung und Fälschung von Geschäftsbüchern seines Postens haben entlassen müssen. Handelsdruckeri Fab, Verlag des Deutschen Papiermarkt. Mannheim, 23. Mai 1909. Das ist die dunkle Rückseite der Medaille und die glänzende Vorderseite wird durch eine Notiz über „Unverändliches Verhalten bei einer Preisumfrage“ in Nr. 42 der „Zeitschrift“ folgendermaßen beleuchtet: „Bei dem Submissionskampf, der Konkurrenz die Spitze zu bieten, lachte, wie gar nicht anders zu erwarten, auch ein tapferer Führer der Tarifgemeinschaftsgegner, der bekannte Drucker des „Deutscher Papiermarkt“ und rühmliche Werbende des „Arbeitsgeber im Druckgewerbe“, Herr Alfred Fab, Handelsdrucker in Mannheim, mit einem Angebote von 150 M. (gegenüber dem gewerblichen Preis von 275 M.).“ Auf der einen Seite beschmiedelt der Angeklagte seinen Prinzipal und der letztere schlägt seine Kollegen nach allen Regeln gewerblicher Freibeuterei über die Ohren, daß es nur so klatscht. Dessenungeachtet wird aber im „Arbeitsgeber für das Druckgewerbe“ zu solchen Hebelnaten als Gegenstück zu einer gemeinsamen aufbauenden Gewerbespolitik durch die Tarifgemeinschaft der bekannte Refrain von der „Höherbewertung persönlicher Arbeit“ gesungen.

Einen schweren Unfall erlitt am 1. Juni der Maschinenmeister Wuttzsch in der Jenneschen Buchdruckerei in Röhndel. Der Kollege wollte während des Ganges der Maschine, einer Augsburger Doppelmaschine, eine Reifeffekung der Lufttragwalzen vornehmen, wurde aber dabei von der Zylinderfurbel erfaßt und ihm der linke Unterarm in die Aufhängung des Zylinders gedrückt. Die Hand und jedenfalls auch der Arm werden verloren sein. Die Unglücksstelle an dieser Maschine ist eine der gefährlichsten, die überhaupt an Buchdruckmaschinen zu konstatieren ist, und jede, auch die geringste Manipulation während des Ganges der Maschine an diesem Plage sollte von jedem Kollegen strengstens vermieden werden. Die Schutzvorrichtungen waren im vorliegenden Falle angebracht, aber gegen solche unvorsichtige Handlungen ist auch die beste Schutzvorrichtung nutzlos. Hier kann es nur ein für allemal heißen: Maschine ausrichten und zwar ohne jede Rücksicht auf alle übrigen Umstände.

Aber die Aussichten für deutsche Schriftgießer in Amerika, speziell in Neuyork, brachte die „Belvische Typographie“ vor kurzem einen sehr interessanten Bericht, den wir seiner allgemeinen Bedeutung wegen auch unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Danach befinden sich etwa tausend deutsche Schriftgießer in Neuyork, die mit beachtlichen Hoffnungen hinüber segelten, aber höchstens dreihundert von ihnen arbeiten als Seiger; die übrigen haben sich andern Berufen zugewandt. Der Hauptsache ist so gut wie verdrängt, die Maschine beherrscht alles. Durch die sogenannten Anstammnislisten der „Union“ (Verband) ist es ganz ausgeschlossen, daß ein neuemigewandelter Kollege Stellung erhalten kann. Bei Besetzung einer Stellung ist diese Liste maßgebend, wobei nur der Ersteintragene die Stellung bekommt. Nun ist es aber schon vorgekommen, daß in einem Jahre nur eine „bauernde“ Stellung zu vergeben war; so müssen die Nachfolgenden warten, jahrelang warten. Denn da kein dauernd Angestellter entlassen werden darf, so entstehen die Vakanzstellen nur durch Ableben. Außerdem ist es auch selbst den sekundär gestuften Kollegen in der Regel unmöglich, dem Verband ohne Einmache anzugehören. Die Beiträge sind hoch (für Mai z. B. etwa 20 M.) und müssen ohne Rücksicht auf Arbeitslosigkeit bezahlt werden, da der Verband erst nach einer ununterbrochenen Mitgliedschaft von vier Jahren Arbeitslosenunterstützung zahlt. Der also nicht als Stellener, Stiefelputzer, Geschirrwascher, Fabrikarbeiter, Handwerker usw. sein Leben im Lande der unbegrenzten

Möglichkeit freisten will, der spare sich eine eventuell beabsichtigte Amerikareise.

Gegen die Tarifverträge macht die Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände wieder einmal mobil. In ihren besonderen Mitteilungen kammer diese Schachmachersentrale über die Tarifverträge, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit die Idee des kollektiven Arbeitsvertrags von einem großen Teile der politischen Parteien und Sozialpolitiker in fast allen Gewerbezweigen propagiert werde. Alle diese Kreise bedächten aber nicht, daß der Tarifvertrag am letzten Ende nicht nur eine außerordentliche Einschränkung der Rechte des Arbeitgebers, sondern auch eine Starkeinstellung des betreffenden Gewerbezweigs auf Kosten der Konsumenten nach sich ziehe. Der Buchdruckertarif mußte auch hierfür als abschreckendes Beispiel herhalten. Durch ihn sei bewiesen, in welcher schnelllempo die Lohnfrage gefördert und die Wohlglottierung der noch außerhalb der Tarifgemeinschaft stehenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer allgemeinen Schematisierung und damit scheinbaren Gleichstellung der Konkurrenzverhältnisse gezwungen würde. Wer die gewerkschaftlichen Machtgelüste der Gewerkschaftsführer kenne, der müsse, daß sie danach streben, im innern Geschäftsbetriebe mitzureden. Von weiteren Vergünstigungen für die Gehilfen bei einem neuen Tarifabschluß werde als von etwas ganz Selbstverständlichem geredet. Das geschieht aber alles zum Schaden der Konsumenten. Und nun gar die im Reichstages gestellten Anträge, Staatsaufträge nur an tariffreie Firmen zu vergeben, sie benachteiligten die Steuerzahler. Nachdem also das eigne Latein beinahe erschöpft ist und mit Vernunftgründen der Tarifgemeinschaftsgebante nicht mehr bekämpft werden kann, verlegt man sich auf das Denunzierende beim lieben Publikum. Sie haben es herrlich weit gebracht, die Herren Patrioten nach Prozenten.

Der 20. evangelisch-soziale Kongreß, der am 2. Juni und die folgenden Tage in Heilbronn a. N. tagte, hatte als besonderen Punkt auf seiner Tagesordnung auch die Stellungnahme zu der Gewerkschaftsbewegung. Von wesentlicher Bedeutung und nicht ohne Interesse auch für unsre Kreise waren die Ausführungen des Generalsekretärs Schürmeyer (Berlin) als Referent über das Thema „Geistige Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung“ sowie die Darlegungen des den aufmerksamsten Lesern des „Korr.“ wohl nicht ganz unbekanntem Pfarrers H. Kraus (Dortmund) als Korreferent. Der erstere stellte von vornherein fest, daß, trotzdem der letzte Kongreß in Frankfurt a. M. sich ohne Einschränkung auf den Boden der Gewerkschaften gestellt habe, die daran geknüpften Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen seien. Die Gewerkschaften hätten sich nicht, wie erwartet, zu einem Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie entwickelt. Daß dem nicht so sei und die Gewerkschaften sich bis heute noch nicht von jeder Bevormundung durch politische Parteien frei gemacht hätten, liege aber in sehr erheblicher Weise an der Selbstsucht der bürgerlichen Stände und deren geringen sozialpolitischen Verständnisse. Die sogenannten Harmonieorganisationen, die großen Gewerkschaften, seien bei dieser Beurteilung der Gesamtlage vollständig auszuscheiden, denn dieselben würden nur einen faulen Frieden und machen das freie Recht des Arbeiters illusorisch. Zur speziellen Charakterisierung der freien Gewerkschaften betonte er, daß nach seiner Ansicht es nicht unbedingt notwendig sei, daß die Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei eins sind, wie Wölnelburg seinerzeit gesagt habe. Die Gewerkschaftler seien sich auch ihrer Macht bewußt, wie sich aus den Erörterungen über die Raiffeisenfrage, des Generalstreiks usw. auf dem Nürnberg Kongreß gezeigt habe. Aber weder die freien noch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben bisher an dem staatlichen Gedanken, wie er den Christlich-Sozialen vorstößt, mitgearbeitet. Dagegen seien die christlichen Gewerkschaften aus dieser Idee entstanden. Die Christlichen wollen die Taktik der freien Gewerkschaften nachahmen; diese sollen zu brauchbaren Gliedern, frei und unparteiisch, gemacht werden, wie es der Buchdruckerverband ist. Wegen diesen Verband hätte man keine christliche Organisation gründen sollen! Das war ein Mißgriff, denn der Gutenbergsbund sei eine zu unbedeutende Organisation. Diesem halb kalten, halb warmen Gieranzug um den eigentlichen Kernpunkt der Frage rüdte jedoch der Korreferent H. Kraus sehr energisch auf den Leib. Er stellte fest, daß gerade das Hervorheben der Kirchenpolitik der Christlich-Sozialen sie um jeden Erfolg gebracht habe und nur Verwirrung angerichtet worden sei; außerdem habe gerade durch die Kirchenpolitik das Wort „christlich“ in der Arbeiterbewegung einen unangenehmen Klang erhalten. Die christliche Arbeiterbewegung stütze sich auf das Geschick der katholischen Kirche zur militärischen Organisation. Bedenklich sei, daß das Zusammenarbeiten der Katholiken und Evangelischen in den christlichen Gewerkschaften von den katholischen Autoritäten gebildet wird; er bezweifle es, daß bei umgekehrten Zahlenverhältnissen diese Dul-

lung ebenso vorhanden wäre. Die wesentliche Charakteristik der christlichen Gewerkschaften bestche für ihn darin, daß sie nicht sozialdemokratisch und nicht Hirsch-Dundersch sind, und dafür sei ihm aber der Name christlich zu schade. Er kam zu dem Schlusse, daß der geschichtliche Ertrag der christlichen Gewerkschaftsbewegung in absehbarer Zeit schließlich doch nur dem Einflusse der katholischen Kirche zugute komme. In der nachfolgenden Diskussion bestieg als erster Redner der als gewerkschaftliche Wetterfahne bekannte Eichendorfer die Tribüne und erzählte, daß seine langjährige Erfahrung in der Gewerkschaftsbewegung ihn habe erkennen lassen, daß er und seine Gefinnungsgenossen auf lange Zeit hinaus in den freien Gewerkschaften keine Aussicht haben, eine Rolle zu spielen. Unter lebhafter Zustimmung des Kongresses votierten aber verschiedene andre Redner gegen eine engere Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften. Pfarrer v. Bräde (Halle) trat dafür ein, daß die Geistlichen für keine Art der Gewerkschaften sich engagieren, denn auch den freien Gewerkschaftler müsse man erst verstehen lernen, ehe man gegen ihn Stellung nimmt. Arbeitersekretär Fischer (Heutlingen) führte im Namen der evangelischen Arbeitervereine Württembergs aus, daß die Erfahrungen mit den christlichen Gewerkschaften wegen deren Unwissenheit nicht die besten seien. Wenn er die christlichen Gewerkschaften in dieser Hinsicht mit den freien vergleiche, so kann er nur sagen: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden!“ Eine Kennzeichnung, die von dem Kongresse mit lebhaftem Bravo unterstritten wurde. Und als letzter Redner gab Stadtpfarrer Strauß (Stuttgart) seiner Ansicht etwa mit folgenden Worten Ausdruck: Wir können die christlichen Gewerkschaften nicht bezogenen. Die Lösung, Vereinigung aller christlichen Elemente gegen den Umsturz, löst uns nicht mehr. Jede Verbindung mit dem Ultramontanismus ist noch für den Verbundenen schlecht ausgegangen. Die Christlichen treiben mit dem dem Worte „christlich“ ein gefährliches Doppelspiel. Ich sehe in der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine Verbindung, sondern eine Verschärfung des Streits.

Die Gründung einer Gewerkschaft der Postbeamten in Frankreich wurde durch die Staatsanwaltschaft unmöglich gemacht. Es wurden von dieser Behörde die Unterzeichner der Satzungen des Syndikats der Postbeamten aufgefordert, innerhalb vierzehn Tagen ihre Unterschriften zurückzugeben, da die Gründung des Syndikats ungesetzlich sei. Im Falle der Weigerung wurde strafrechtliche Verfolgung angedroht.

Theodor Barth, der frühere bekannte liberale Reichstagsabgeordnete, Gründer und geistiges Oberhaupt der „Demokratischen Vereinigung“, ist am 2. Juni im Alter von 60 Jahren in Baden-Baden gestorben. In früheren Jahren war er Herausgeber der „Nation“, in welcher er jahrelang für eine Vertiefung liberaler demokratischer Prinzipien wirkte, aber dafür in bürgerlichen Kreisen nur bittere Enttäuschungen erntete.

Keine gewerkschaftliche Nachrichten. Der Verband Deutscher Hotelbiener vollzieht seine Verschmelzung mit dem Gastwirtsgehilfenverbande Ende dieses Monats. Die letzte Nummer des Verbandsorgans, „Der Hotelbiener“, erscheint am 15. Juni. — In der Solthofer (Bayern) Lithographie- und Industrie droht ein Lohnkampf auszubrechen. Die Unternehmer kündigten den Tarif unter Vorlegung eines neuen, der aber erhebliche Lohnkürzungen aufweist.

In Schweden sind gegenwärtig umfangreiche und eraste gewerkschaftliche Kämpfe im Gange. Der allgemeinen Ausperrung im Baugewerbe ist in der Woche vor Pfingsten vorgebeugt worden. Unter Mitwirkung der Schlichtungsbeamten haben die Parteien sich endlich doch noch über eine Reichstagsgemeinschaft geeinigt. Das Unternehmertum hat in den wichtigsten Punkten, u. a. hinsichtlich der für einzelne Städte geplanten Verlängerung der Arbeitszeit, nachgeben müssen. Allgemein ist für das Baugewerbe Schwedens der Neuneinhalbstundentag festgesetzt, wo jedoch kürzere Arbeitszeit schon eingeführt ist, bleibt diese bestehen. In der Baumaterialindustrie dauert die von den Unternehmern veranfaltete Ausperrung noch fort. Sie erstreckt sich auf 4000 Arbeiter. Die Arbeitervereinigung plant, um diesen Kampf zu Ende zu führen, Massenausperrungen in andern Industriezweigen. Im Maßschneidergewerbe ist es kurz vor der beschlossenen Generalausperrung zu einer Einigung für die drei Städte gekommen, wo die Schneider ausgespart waren oder streikten. Diese Kämpfe sind zugunsten der Arbeiter beendet. Unter andern mußten die Arbeitgeber sich zur Errichtung von Betriebsräten verpflichten. In der Konfektions- und Schneiderei hat das Unternehmertum eine allgemeine Ausperrung veranaltet, die sich auf die großen Konfektionsgeschäfte in Stockholm und mehreren andern Städten Schwedens erstreckt.

Eingänge.

Von neuen Ufern, Gedichte von Friedrich Erdmannsdorffer. 8°. 104 Seiten. Die „Kollegendichter“, wie der Terminus technicus nunderbar hüßlich verzieht die dichterisch begabten Kollegen benannt, sind in unsrer Zeit eine so gewohnte Erscheinung geworden, daß es jedwem nicht allzuwilde Mitgliedschaften im Verbands gibt, die eines für das gesellige kollegiale Leben so unentbehrlichen Fingers in Uppoll entraten müssen. Freilich geben diese aus der Misere schwarzkünstlerischen Erdmannsdorffers dem Buchdruckerhimmel zufriedenen Befugskreiter nicht immer eine gute Figur ab — mancher hätte sogar für jeden seiner Ausritte eine Unze vom Tierschutzverein zu gewärtigen! — es werden jedoch auch der „Kollegendichter“ mehr und mehr, denen die Entfaltung ihrer Muse zu den „Festtagen der Buchdrucker“ nicht die richtige Befriedigung zu bieten vermag. Diesen Musensöhnen aus gutenbergischem Stamm baume gibt aufsteigend E. Pierzons Verlag in Dresden mit einer gewissen Vorliebe Gelegenheit, sich „empor zu dichten“, um ein gefülltes Wort unsrer Sage in zweckentsprechender Übertragung anzukündigen. Dieser Dresdner Verlag hat neben andern auch den Kollegen Friedrich Erdmannsdorffer mit seinem Romane „Solo“ schon einmal die untersten Sprossen zur Instabilität erklimmen lassen, und nun soll es die schmale, gefährliche Stiege zum Ruhme weiter hinaufgehen. . . . Die vor uns liegende Gedichtsammlung zerfällt in die beiden Teile: „Den Pionieren“ und „Meinem lieben Weibe!“ Die unter diesen zwei Sammelbegriffen gebotenen Poeten halten sich nicht streng in ihrem Rahmen (wie auch der Buchtitel die Gedichtsammlung nicht richtig zu bezeichnen vermag), sie zeugen aber von nicht alltäglichen Gedankenreichtum, für den Erdmannsdorffer gute Ausdruckformen zur Verfügung stehen, die hier und da allerdings verstehnißlose Feinheiten vermissen lassen. Übrigens der Punkt, wo unsre „Kollegendichter“ fast alle sterblich sind. Als Gesamtleistung genommen, kann man sich jedoch wirklich freuen, daß abermals einer der unsrigen mit diesem Versuche den Beweis erbringt, welche Intelligenz und welche hoher Geistesflug auch in der heutigen Buchdruckergeneration anzutreffen ist. Für die Arbeiterchaft ist für die Gedichtsammlung „Von neuen Ufern“ ein ermäßigter Preis (1,20 Mk. geb. und 80 Pf. geh.) festgesetzt worden. Die Firma W. Härtel (Sohn, Clara Härtel) in Leipzig-Reudnitz, Köhlgartenstr. 48, hat die Auslieferung an die Kollegenkreise übernommen.

Briefkasten.

Chr. Wolz in Konstanz: Die Auffassung, daß man es beim alten, d. h. bei dem ursprünglichen, Programm belassen solle, war die richtige. Aber nur dann, wenn Nachzügler nicht mehr zu erwarten sind. Freundl. Gruß! — J. U. in Ludwigsbafen: Für den „Korr.“ absolut unverständlich. Wenden Sie sich damit an eine philosophische Zeitschrift. — Wg. in Jg.: Warum denn sich und uns die Sache immer so erschweren! Wenn Sie in der nächsten Mitgliederversammlung zu Ihrem Kassierer gehen, ihn befragen, wird Ihnen aus dem „Kratgeber“ eine so erschöpfende Antwort werden, wie es in „Briefkasten“ nur unter großer Mühe- und Zeitvergeudung möglich ist. — W. B. in Kottbus: Von einer Veröffentlichung dieser Notiz wollen wir doch lieber Abstand nehmen. Besten Dank für freundliche Unterstützung. — M. L. in Berlin: 2 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 23, Mariendorfer Straße 13 I. Fernsprechamt VI, 11191.

Bezirk Saarbrücken. Der Seher Georg Eisinger, kurzzeit in Kaiserslautern in Kondition, wird hierdurch zum letztenmal aufgefordert, seine hier hinterlassenen Reste sofort zu begleichen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Chemnitz der Bruder Max Jäschke, geb. in Brieg 1890, ausgl. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Glauchau die Seher 1. Karl Richard Dörr, geb. in Glauchau 1890, ausgl. daf. 1909; 2. Max Wagner, geb. in Glauchau 1890, ausgl. daf. 1909; die Schweizerdegen 3. Otto Udermann, geb. in Glauchau 1891, ausgl. daf. 1909; 4. Hugo Hiemer, geb. in Rothensbach 1891, ausgl. in Glauchau 1909; waren noch nicht Mitglieder. — E. W. Stoy in Chemnitz, Jahnstr. 20 III.

In Dülken 1. der Seher Joh. Hanfen, ausgl. in Dülken; 2. der Bruder Willi Strahl, ausgl. in Dülken; waren noch nicht Mitglieder. — In Homberg der Seher Paul Kleinophorst, geb. in Eberfeld 1887, ausgl. daf. 1906; war noch nicht Mitglied. — In Kempen der Seher Wilh. Potken, ausgl. in Kempen; war noch nicht Mitglied. — In Kleve die Seher 1. Josef Ury, ausgl. in Kleve; 2. Franz Paal, ausgl. in Kleve; die Bruder 3. Heinrich Kröll, ausgl. in Kleve; 4. Theodor Plenter, ausgl. in Kleve; waren noch nicht Mitglieder. — In Krefeld die Seher 1. H. Sidmann, ausgl. in Krefeld; 2. Heiner Peters, ausgl. in Krefeld; 3. Max Triz, ausgl. in Krefeld; die Bruder 4. Karl Sewebag, ausgl. in Krefeld; 5. Gerh. Jels, ausgl. in Krefeld; 6. Josef Wiesen, ausgl. in Krefeld; 7. Jakob Sieben, ausgl. in Krefeld; 8. der Schweizerdegen Herm. v. Bracht, ausgl. in Krefeld; waren noch nicht Mitglieder. — In M. Gladbach der Seher Wilh. Brendgens, ausgl. in M. Gladbach; war noch nicht Mitglied. — Jakob Erlexen in Krefeld, Dreiföningenstraße 29.

In Emden der Seher Herm. Jßen, geb. in Emden 1885, ausgl. daf. 1904; war schon Mitglied. — In Rorderney der Seher Adolf Menz, geb. in Norden 1882, ausgl. daf. 1900; war noch nicht Mitglied. — L. Kromminga in Leer, Königstraße 38.

In Glinzburg der Seher Jos. Fädle, geb. in Glinzburg 1891, ausgl. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In München 1. der Schweizerdegen Valentin Dotterweich, geb. in Bollach 1890, ausgl. daf. 1907; war noch nicht Mitglied; 2. der Seher Joh. Dollhoff, geb. in Fürtz 1869, ausgl. daf. 1886; war schon Mitglied. In Pasing der Seher Franz Xaver Banner, geb. in Wiltshorn 1890, ausgl. in Geisenfeld, 1906; war noch nicht Mitglied. — Jos. Seitz in München, Höfstraße 24/I.

In Parghim der Seher Gustav Voigt, geb. in Mülcheln (Bezirk Halle) 1891, ausgl. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — L. Dahnde in Schwerin i. M., Münsstraße 32.

In Sagan der Seher Hermann Kühn, geb. in Rawitz (Kr. Dornitz) 1881, ausgl. in Rogasen (Posen) 1901; war noch nicht Mitglied. — Oskar Diez in Glogau, Kleine Oberstraße 15.

In Zittau der Seher Reinhold Schindler, geb. in Ostro i. S. 1887, ausgl. daf. 1906; war schon Mitglied. — Hermann Steinbrück in Dresden, Matzildensstraße 7 I.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Herren F. Gehmayr und H. Fischer: Wenn Ihre Angaben begründet sind, ist der Verleiher in B. selbstverständlich nach einem andren Lokale zu verlegen. Ob dies aber nach dem vorgeschlagenen Verleiher von H. gesehen wird, darüber hat allein der Ortsvorstand von B. zu entscheiden.

Speier. Die Herren Verwalter werden gebeten, dem Seher Karl Gronenberg aus Mannheim (Hauptbuchnummer 70058) den Vermerk in dessen Buch zu machen, daß derselbe in der Ortsunterstützung ausgeführt ist.

Veranstaltungskalender.

- Berlin. Außerordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 10. Juni, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15. — Maschinenfabrikerversammlung (Brandenburg) Sonntag, den 20. Juni, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15. — Korrektorenversammlung Sonntag, den 20. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Industriefesthalle“, Beuthstraße 19/20 (am Spittelmarkt). — Maschinenfabrikerversammlung heute Dienstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Industriefesthallen“, Beuthstraße 20. — Nationalmaschinenfabrikerversammlung Sonntag, den 20. Juni, präzis 4 Uhr, in den „Industriefesthallen“, Beuthstraße 20. — Stereotypen- und Galvanoplastikerversammlung Sonntag, den 20. Juni, abends 7 Uhr, in den „Industriefesthallen“, Beuthstraße 20. — Berlin. Schriftsetzer, Stereotypen- und Galvanoplastikerversammlung (am Schützen) Freitag, den 11. Juni, abends 7 Uhr, im „Goldenen Laub“, Ursulinertstraße. — Bromberg. Versammlung Sonnabend, den 12. Juni, abends 8 Uhr, im Vereinslokale Wülfert. — Charlottenburg. Versammlung Sonntag, den 13. Juni, im „Vollshaus“, Rosinenstraße 3. — Danzig. Versammlung Sonnabend, den 12. Juni, abends 8 Uhr, im „Bildungsvereinshaus“, Hintergasse 16. — Düsseldorf i. Sch. Versammlung Sonntag, den 13. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Goldenen Schwanz“, Markt. — Köpenick-Griedrichshagen. Versammlung Sonnabend, den 12. Juni, in Köpenick. — Leer-Wener. Versammlung Sonnabend, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Waldhofsplatz“. — Mittweida. Versammlung Sonnabend, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale. — Naumburg a. S. Versammlung Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“. — Tereptow-Baumhütten. Versammlung Sonntag, den 12. Juni, abends 9 Uhr, im Restaurant Dänischel, Cde Marienbader- und Genslerstraße. — Wilmersdorf. Versammlung Sonnabend, den 12. Juni, abends 9 Uhr, im Restaurant E. Seltz, Brandenburgische Straße 100.

Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker.

Preis XII (Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen). Der Beitrag für das Kreisamt für das verfloßene Geschäftsjahr beträgt für jeden tariffreien Gehilfen 10 Pf. Die tariffreien Gehilfen des Preises werden ersucht, obigen Beitrag druckereweise oder auch für größere Gruppen durch Beauftragte unter Angabe der Zahl der Gehilfen und der betreffenden Orte portofrei an den Unterzeichneten baldigst einzusenden. Felix Wagner, Gehilfenvertreter des Preises XII, Posen O 1, St. Martinstraße 37, Seitenhaus, 2. Eing.

Buchdruckerei mit Schnellpr. u. elektr. Großstadt des Niederrheins mit geringer Anzahl. zu verk. W. Off. u. A. 888 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Monolinefeker mit mehrjähriger Praxis für sofort oder später nach Königs. Sachsen verlangt. Berufsmäßig erhalten den Vorzug. Stellung dauernd. Kleine Tageszeitung. Anfangsgeh. 33 Mk. Angeb. mit Angabe der garant. Leistung erb. unter Nr. 884 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Süchtiger, zuverlässiger Linotypeseher auf einige Wochen zur Aushilfe (Nähe Leipzig) gesucht. Werte Offerten unter A. Z. 891 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Durchaus tüchtiger Schreibezeuger, die sofort gesucht. Nur zuverlässige Kräfte, die ein selbständiges Arbeiten gewohnt sind, wollen sich melden. Werte Off. mit Referenzen oder Zeugnisabschriften erbeten an „Eckler Kurier“, C. O. S.

Tüchtiger Galvanoplastiker der auch perfekt in der Stereotypie ist, zum sofortigen Antritte gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an G. Neuburg & Co. Wilms, Hamburg.

Zeilerinnen geübte, finden lohnende und dauernde Beschäftigung in Wilhelm Voellmers Schriftsetzerei Berlin SW 48. (879)

TYPOGRAPHISCHE GESELLSCHAFT HAMBURG. Mittwoch, den 9. Juni, abends pünktlich um 9 Uhr, in der „Karleburg“, Schoppensteil: Ausstellung von Entwürfen zu einer Festkarte sowie zu einem Zeitungskopf zum Johannisteste 1909 des Buchdruckers: .. vereins in Hamburg-Altona. .. Zahlreichen Besuch der Hamburg-Altonaer Kollegen erwartet (890) Der Vorstand.

Gau Bayern. :: Lindenberg im Allgäu. Sonntag, den 15. Juni: Johannistfest der Mitgliedschaft Lindenberg-Weiler. PROGRAMM: Vormittags 10 Uhr: Festversammlung im „Gasthof zum Löwen“ mit Vortrag des Gausvorstehers Joseph Seitz (München). Dann gemeinsamer Mittagstisch. :: Nachmittags: Besichtigung des Marktes und Auszug auf den Nadenberg. :: Abends: Gemütliche Unterhaltung im Restaurant Schneider. Die Kollegen der umliegenden Druckorte sind hiernach aufs herzlichste eingeladen. Anmeldungen wolle man gefälligst an den Kollegen G. HEYL, Lindenberg i. Allgäu, richten.

Fußschweiß Handschweiß verringert, Wundgeßen verhütet, den üblen Geruch nimmt, bei Insektenstichen schmerzstillend ist Apoth. Wärs parf. Utesol. Arztl. empf. u. verordnet. Zahlr. Unerf. Erhältl. b. d. Chem.-techn. Institut Degensberg I (Bayern). Preis p. Glas 1,20 Mk.

Buchdruckerkitel Achselchluss — 3 Taschen. Prima Nova 110-130 cm lg., grau od. braun Mk. 2,65 Rogalla gestroffl. Arbeitsanzüge, echt blau Mk. 3,75 u. 4,90. Arbeitshosen, Buxkin Mk. 3,75, 4,60, 5,50. Berufs- Bekleidungs- Industrie von B. Wahn, Hamburg 21, Schillerstr. 12. — Kataloge franco. Platzbestellungen per Karte werd. sofort ausgeführt. Brustumfang od. Schrittlänge, od. Kittellänge angeben.

Taschenapotheke „Hilfe in der Not“. 80 Pf. — Minierte Preislifte umsonst. Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.

Hüte in allen Preislagen bei Gutmadjermöster: Berlin, Dresdenerstr. 100. Verbandsmitglieder erhalten 5 Prozent Rabatt.

Mechaniker firm im Bau von Instrumenten und Schriftgießmaschinen, fuch Stellung. Werte Offerten erb. an H. Fürtl, Leipzig, R. Litznerstr. 20 p. H. MATHAEUS STUTTGART Gablenbergstr. 71 Katalog gratis u. fr.

Am 1. Juni verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftgießer Paul Mahlendorf im 48. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm [886] Die Kollegen der Wilmerscher Glöckel, Berlin.

Richard Härtel, Leipzig-R. (Inhaberin: Clara vorw. Härtel) Köhligartenstraße 48 liefert franco Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Der moderne Zettelsch und seine Entwicklung bis zur Gegenwart 1 Mk. Weich, blauer Montan ober: Die Kreise zum vergrößerten Zettel. Einzelstiel in einem Ute (7 Personen, Schauloch, Kreise). 25 Pf. Buchdrucker-Salamander, 3. Aufl., 10 Pf.

Adressen für Zusendungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ für Artikel und allgemeine redaktionelle Angelegenheiten: Ludwig Degener; Korrespondenzen, Ausland und Gewerkschaftliches: H. U. Kraft; Rundschau: Charles Schäfer; Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Böhmig;ämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8.